.mc
beratungsgruppe



© FuturisticTech AdobeStock

NEUES AB
2027

MASSNAHMEN VOR
JAHRESENDE 2026

ALLE INFOS, TIPPS
UND TERMINE

KLIENTEN-
JAHRESINFO
2026 / **2027**



Ihr digitaler Steuerberater

Weil wir Sie gerne bei Ihrem Business unterstützen

- Monatliche Bilanzierung – präzise Unternehmenssteuerung mit bereits fertigen Bilanzdaten
- Laufende Buchhaltung ohne Papiertransfer durch Cloudlösungen
- Mittels Neugestaltung Ihr Bilanzbild optimieren
- Steuererklärungen
- Automatisierte Übernahme Ihrer Daten in die Lohnverrechnung
- Gemeinsame Optimierung Ihrer Prozesse und Schnittstellen
- Unternehmensstrukturen durchleuchten und ordnen
- Kurzfristige Personalausfälle durch Interim-Management abdecken
- Fördergelder lukrieren
- Insolvenzberatung in und nach Insolvenzen
- Ihre Unternehmensübergabe begleiten
- Sparingpartner in allen kaufmännischen Belangen

.mc tax Steuerberatung GmbH
.mc payroll Service GmbH
.mc brain Unternehmensentwicklung GmbH



Liebe Geschäftspartnerin, lieber Geschäftspartner!

Zum Ausklang des Jahres 2026 möchten wir uns herzlich für Ihr Vertrauen und den offenen, partnerschaftlichen Austausch bedanken. Ihre Zufriedenheit und Ihr wirtschaftlicher Erfolg sind für unser gesamtes Team der größte Ansporn.

Wirtschaftlich war 2026 von spürbarem Gegenwind durch hohe Energiepreise, eine hartnäckige Inflation von rund drei Prozent, gestiegene Finanzierungskosten sowie den Konsolidierungsbedarf im Staatsbudget geprägt. Für 2027 hellt sich der Horizont jedoch merklich auf: Anziehende Exporte bringen Österreich zurück auf einen moderaten Wachstumspfad, während sich der Preisauftrieb schrittweise beruhigt.

Damit Sie für die kommenden Monate bestens gerüstet sind, bündelt diese Broschüre alle wesentlichen steuerlichen Themen: Neben wertvollen Tipps für Maßnahmen vor dem Jahresende 2026 erwarten Sie kompakte Ausblicke auf die Gesetzesänderungen ab 2027 – vom Budgetbegleitgesetz 2027–2028 und steuerlichen Anreizen für das Arbeiten im Alter bis hin zu wichtigen Neuerungen für Betriebe, Arbeitgeber, Mitarbeiter und Immobilienbesitzer.

Wo sich für Sie konkreter Handlungsbedarf ergibt, klären wir am besten im persönlichen Gespräch. Kontaktieren Sie uns jederzeit gerne, damit wir gemeinsam die optimale Lösung für Ihr Anliegen entwickeln können.

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir erholsame Weihnachtsfeiertage, viel Gesundheit und ein erfolgreiches neues Jahr 2027!

Mit herzlichen Grüßen

Silvia Musial, Daniela Hornaus, Mario Moser-Volgger
Claudia Lettner, Florian Schützeneder
und das Team der .mc beratungsgruppe

P.S. Ein Klick auf unsere Webseite **www.mcberatungsgruppe.com** lohnt sich: Wir informieren Sie dort laufend über aktuelle Neuerungen im Steuer- und Wirtschaftsrecht und bieten Ihnen im Service-Bereich zahlreiche Infolisten, Downloads sowie unsere kostenlosen Online-Steuer-Rechner.

Inhaltsverzeichnis

1 Maßnahmen vor Jahresende 2026 5

1.1 Für Unternehmer 5
1.2 Für Arbeitgeber 9
1.3 Für Arbeitnehmer 10
1.4 Für alle Steuerpflichtigen 11

2 Neues ab 2027 – aktuelle Themen 12

2.1 Verschärfungen durch das Budgetbegleitgesetz 2027-2028 12
2.2 „Arbeiten im Alter" wird (steuerlich) begünstigt 14
2.3 Abgabenänderungsgesetz 2026 im Ministerialentwurf veröffentlicht 16
2.4 „Paketsteuer" und ihre Auswirkungen auf Logistik und E-Commerce 17
2.5 Entgelttransparenzrichtlinie stellt hohe Anforderungen an Arbeitgeber 18
2.6 Änderungen in der Rechnungslegung durch das Nachhaltigkeitsberichtsgesetz 19

3 Fokus Unternehmer 20

3.1 Betriebsstättenrisiko durch Homeoffice deutlich gesunken 20
3.2 Neuer Sachbezug ab 2027 für E-Firmenwagen und die Rolle von Arbeitnehmerbeiträgen 21
3.3 Keine Hälftesteuersatzbegünstigung bei Wiederaufnahme einer betrieblichen Tätigkeit 23
3.4 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland 24

4 Fokus Arbeitnehmer 26

4.1 Tagesgelder auch bei eintägiger Reise ohne Nächtigung 26
4.2 Doppelte Haushaltsführung und Familienwohnsitz – Werbungskosten und Pendlerverordnung 27
4.3 Arbeiten in der Teilpension 28
4.4 Anspruch auf Familienbeihilfe bei geschiedenen Eltern 29
4.5 Keine Steuerpflicht in Österreich bei mehrjähriger Auslandsentsendung 30

5 Fokus Immobilien 31

5.1 EuGH-Rechtsprechung entschärft Grunderwerbsteuer 31
5.2 Umsatzsteuerrisiko bei Abrechnung von Mieten durch Hausverwaltungen 32
5.3 Hauptwohnsitzbefreiung bei Veräußerungsverlust 34
5.4 Hauptwohnsitzbefreiung – Verfügungsgewalt muss laut BFG in zeitlichem Zusammenhang mit dem Kaufvertrag stehen 34
5.5 Außergewöhnliche Belastung bei Sanierung bzw. Abbruch eines Wohngebäudes 36

6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze 38

6.1 Sozialversicherungswerte 2027 38
6.2 Größenklassen für Kapitalgesellschaften und Änderungen bei Offenlegungsvorschriften 39
6.3 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinssatz 40

7 Steuertermine 2027 41



1 Maßnahmen vor Jahresende 2026

In der gerade wirtschaftlich herausfordernden Zeit sollte der näher rückende **Jahreswechsel** auch dieses Mal wieder zum Anlass für einen **Steuer-Check** genommen werden. Denn es finden sich regelmäßig Möglichkeiten, durch gezielte Maßnahmen legal **Steuern zu sparen** bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Darüber hinaus kommt es 2027 auch zu einigen Änderungen.

1.1 Für Unternehmer

Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch die Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, **Gewinne und Verluste** der einbezogenen Gesellschaften **auszugleichen**. Voraussetzungen sind die **finanzielle Verbindung** (Kapitalbeteiligung von mehr als 50 % und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingebrachter und sorgsam unterfertigter **Gruppenantrag** (auch über FinanzOnline). Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.) ist der **Gruppenantrag** bis spätestens **31.12.2026** einzubringen. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Steuergruppe (z.B., weil eine neue Beteiligung am 1.1.2026 erworben wurde). Künftig gilt es bei Gruppenbildungen auch die Erhöhung der Körperschaftsteuer von 23 % auf 24 % für Gewinne über 1 Mio. € **ab** dem Veranlagungsjahr **2028** zu berücksichtigen. Hier greift die höhere Körperschaftsteuer auf Ebene des Gruppenträgers auf das Gruppenergebnis, auch wenn alle oder einzelne Gruppenmitglieder für sich unter 1 Mio. € liegen.

Forschungsförderung - Forschungsprämie

Die Forschungsprämie von **14 %** ist als **Steuergutschrift** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von der Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten**

Forschungsaufwendungen können **Personal- und Materialaufwendungen** für F&E-Tätigkeiten, Gemeinkosten, Finanzierungskosten und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende Investitionen (einschließlich der Anschaffung von Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) der Höhe nach **nicht gedeckelt**. Für die Geltendmachung der Forschungsprämie ist die Vorlage eines positiven **Gutachtens** der **FFG** (Anforderung über FinanzOnline) erforderlich. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen **inländischen Auftragnehmer** handelt – beim Auftraggeber mit **1.000.000 €** begrenzt. Die Vorlage eines FFG-Gutachtens ist bei der Auftragsforschung nicht erforderlich. Im Rahmen der Bemessungsgrundlage der eigenbetrieblichen Forschung kann auch ein **fiktiver Unternehmerlohn angesetzt** werden. Dieser beträgt **50 € pro** für Forschung und Entwicklung geleistete **Tätigkeitsstunde**, maximal 86.000 € pro Person.

Gewinnfreibetrag

Der Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt **bis zu 15 % des Gewinnes**. Bis zu einem Gewinn von 33.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis** ein **Grundfreibetrag** von **15 %** zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen und (derzeit noch) Wohnbauanleihen** bzw. auch andere **Wertpapiere** wie z.B. Bundesanleihen, Bank- und Industrieschuldverschreibungen oder bestimmte Investment- und Immobilienfonds (sofern auch zur Deckung von Pensionsrückstellungen geeignet). Die Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** beträgt jeweils 4 Jahre. Scheiden dem Betrieb gewidmete Wertpapiere vor dem Ablauf von 4 Jahren aus, so kann eine **Ersatzbeschaffung** durch Realinvestitionen erfolgen bzw. ist bei vorzeitiger Tilgung eine Wertpapierersatzanschaffung binnen 2 Monaten möglich. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur** der **Grundfreibetrag** zu (dies gilt auch bei der Pauschalierung für Kleinunternehmer). Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben** der **Steuerbelastung auch** die **Sozialversicherungsbelastung**. Der **Gewinnfreibetrag** beträgt für Gewinne von 33.000 € bis 178.000 € 13 %, für Gewinne zwischen 178.000 € und 353.000 € 7 % und für Gewinne zwischen 353.000 € und 583.000 € nur 4,5 % – für den darüber hinaus gehenden Teil der Gewinne **entfällt** der **Freibetrag** zur Gänze. Der Freibetrag beträgt daher **maximal 46.400 €**. **Achtung: Die Investitionsmöglichkeit in Wertpapiere gilt nur mehr für** das Jahr **2026.** Für die Jahre **2027 bis 2029 entfällt** die **Begünstigung**.

Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach** dem **30.6.2026** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2026 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (max. **1.000 €**) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden. E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für **Investitionen seit 1.7.2020** kann alternativ zur linearen AfA eine **degressive AfA** in Höhe von **30 %** geltend gemacht werden. Dieser Prozentsatz ist auf den jeweiligen Buchwert (Restbuchwert) anzuwenden. **Ausgeschlossen** von dieser i.d.R. **beschleunigten Abschreibung** sind allerdings Investitionen in **Gebäude**, **KFZ** (nicht aber Investitionen in Elektrofahrzeuge), Firmenwerte oder **immaterielle Wirtschaftsgüter**, die nicht den Bereichen Digitalisierung, Ökologisierung

oder Gesundheit/Life-Science zuzuordnen sind. Jedenfalls **ausgeschlossen** von der degressiven AfA sind Investitionen in unkörperliche Wirtschaftsgüter, die zur entgeltlichen Überlassung bestimmt sind oder von konzernzugehörigen Unternehmen/beherrschenden Gesellschaftern erworben wurden. Für **gebrauchte Wirtschaftsgüter** kann ebenso wenig die beschleunigte Abschreibung in Anspruch genommen werden wie für Anlagen, die der Förderung, dem Transport oder der Speicherung **fossiler Energieträger** dienen sowie Anlagen, welche fossile Energieträger direkt nutzen. **Für Elektrizitätsunternehmen verringert** sich in den Jahren **2027 bis 2029** die **degressive AfA** von 30 % **auf 10 %**.

Für in § 19 Abs. 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie **wirtschaftlich** gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach dem 31.12. bewirkt werden. So genannte **„stehen gelassene Forderungen"**, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.

Erhöhten Investitionsfreibetrag (IFB) ausnützen

Seit 2023 konnte für die Anschaffung oder Herstellung von bestimmten Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens mit einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von zumindest 4 Jahren ein **Investitionsfreibetrag** geltend gemacht werden. **Bis Ende 2026** gilt noch der **erhöhte IFB** von 20 % (statt 10 %) bzw. für ökologische Investitionen von 22 % (statt 15 %). Ein Vorziehen von begünstigten Investitionen kann sich daher noch lohnen. Die Basis für den IFB ist jährlich mit **1 Mio. € begrenzt**, so dass sich durch ein gezieltes Vorziehen oder Verschieben von Investitionen Gestaltungsmöglichkeiten ergeben. Für Wirtschaftsgüter, für die ein **Gewinnfreibetrag** geltend gemacht wird, steht **kein** IFB zu.

Beschleunigte Abschreibung bei Gebäuden

Für Gebäude, die **nach dem 30.6.2020 angeschafft** oder hergestellt worden sind, gilt eine **beschleunigte AfA**. Im ersten Jahr beträgt die AfA von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten das **Dreifache** des „normalerweise" anzuwendenden Prozentsatzes (7,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 4,5 % im außerbetrieblichen Bereich), im darauffolgenden Jahr das **Zweifache** (5 % bzw. 3 %). Ab dem zweitfolgenden Jahr beträgt die Bemessung der AfA 2,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 1,5 % bei der Vermietung und Verpachtung.

Für **Wohngebäude** im Betriebs- und Privatvermögen ist eine **noch attraktivere Abschreibung** möglich, sofern der **Neubau** zwischen 1.1.2024 und **31.12.2026 fertiggestellt** wird und bestimmte **ökologische Standards** eingehalten werden („Klimaaktiv Bronze-Standard"). Es kann dann in den **ersten drei Jahren** nach Fertigstellung der **3-fache-Wert der AfA** angesetzt werden – bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sind das jeweils **4,5 % für drei Jahre** (keine Halbjahres-AfA).

Ersatzbeschaffungen bei Veräußerungsgewinnen von Anlagen

Natürliche Personen können die Versteuerung von **Veräußerungsgewinnen** für mindestens sieben Jahre im **Anlagevermögen** gehaltene Wirtschaftsgüter durch (eingeschränkte) Übertragung auf die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von **Neuinvestitionen** einer **sofortigen Besteuerung entziehen** (Steuerstundungseffekt).

Beachtung der Umsatzgrenze für Kleinunternehmer

Diese Umsatzsteuerbefreiung (ohne Vorsteuerabzug) ist nur bei einem **Jahresbruttoumsatz** von bis zu **55.000 €** möglich. Unternehmer, die Gefahr laufen, diese **Grenze** im Jahr **2026** zu **überschreiten**, sollten – sofern möglich (und sofern auch im Vorjahr die Grenze überschritten worden ist) – den **Abschluss der Leistungserbringung** auf 2027 **verschieben**. Ein Verschieben lediglich des Zahlungseingangs ist nicht ausreichend für die Einhaltung der Kleinunternehmergrenze.

GSVG-Befreiung

Kleinstunternehmer (Jahresumsatz unter 55.000 €, Einkünfte unter 6.613,20 €) können eine GSVG-Befreiung für 2026 bis **31. Dezember 2026** beantragen. Berechtigt sind **Jungunternehmer** (max. 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten 5 Jahren), Personen ab 60 Jahren (Regelpensionsalter) bzw. Personen über 57 Jahre, wenn die genannten Grenzen in den **letzten 5 Jahren** nicht überschritten wurden. Die Befreiung kann auch **während** des Bezugs von **Kinderbetreuungsgeld** oder bei Bestehen einer Teilversicherung während der Kindererziehung beantragt werden. Diesbezüglich gilt eine **monatliche Grenze** von 551,10 € bzw. ein monatlicher Umsatz von 4.583,33 € (jeweils im Durchschnitt). **Achtung**: Ab **2027** werden auch **Umsätze aus Land- und Forstwirtschaft** miteingerechnet. Betroffen von der geänderten Praxis sind unter anderem all jene Land- und Forstwirte, die neben ihrer bäuerlichen Tätigkeit in geringem Ausmaß auch gewerblich tätig sind.

Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen

Bei **Einnahmen-Ausgaben-Rechnern** wird eine **Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen** dann anerkannt, wenn diese in ihrer Höhe der voraussichtlichen Nachzahlung für das betreffende Jahr entspricht. Rechnen Sie mit einer Nachzahlung, können Sie durch Leistung einer **freiwilligen Vorauszahlung** den Gewinn reduzieren bzw. glätten und damit eventuell nachteilige **Progressionssprünge vermeiden**.

Netzkarten für Selbständige

Selbständige können (nicht auf andere übertragbare) **Netzkarten für den öffentlichen Verkehr** im Ausmaß von 50 % der Ausgaben **pauschal** als **Betriebsausgaben** absetzen, sofern diese auch für betriebliche Fahrten verwendet werden.

Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.26** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2019**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Aufzeichnungen und Unterlagen betreffend Grundstücke (i.S.d. UStG) sind allgemein **22 Jahre** aufzubewahren. Keinesfalls sollten Unterlagen vernichtet werden, die zur **Beweisführung** z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen. Unterlagen im Zusammenhang mit **COVID-19 Unterstützungen** wie die Investitionsprämie, Kurzarbeitsbeihilfe oder für die 1. Phase des Härtefallfonds müssen 10 Jahre aufbewahrt werden. Eine **Aufbewahrungspflicht** von **7 Jahren** gilt für Unterlagen i.Z.m. dem Härtefallfonds (außer Phase 1), Fixkostenzuschuss I bzw. 800.000, Ausfallsbonus I, II, III sowie Verlustersatz.

Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende Lehreinrichtungen wie auch Universitäten können bis zu einem **Maximalbetrag** von **10 %** des Gewinnes Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen, geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke, Tierschutz und an freiwillige Feuerwehren** sind als Betriebsausgabe absetzbar. Wesentlich ist mitunter, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und dass die Spende im Jahr 2026 geleistet wurde. Unter gewissen Voraussetzungen (Gemeinnützigkeit) können auch **Spenden** an **Schulen**, **Kindergärten**, Kultureinrichtungen oder **Sportvereine** abgesetzt werden. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass **betriebliche und private Spenden** zusammen das **Maximum** von **10 %** des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht überschreiten dürfen. Seit 2024 ist auch die **Zuwendung von Lebensmitteln** an begünstigte mildtätige Einrichtungen einkommensteuerlich steuerneutral möglich.

Wertpapierdeckung bei Pensionsrückstellungen

Zur Vermeidung von steuerlichen **Strafzuschlägen** müssen zum Ende des Wirtschaftsjahres **Wertpapiere** im Nennbetrag von **mindestens 50 %** des am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ausgewiesenen steuerlichen Pensionsrückstellungsbetrages im **Betriebsvermögen** vorhanden sein. Es sollte daher das Vorhandensein einer **entsprechenden Bedeckung** noch vor Jahresende überprüft werden.

Energieabgabenrückvergütung

Die Antragstellung für das **Kalenderjahr 2021** hat bis spätestens 31.12.2026 zu erfolgen.

1.2 Für Arbeitgeber

Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)

- Betriebsveranstaltungen (z.B. **Weihnachtsfeier**) 365 €;
- Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €;
- **Klimaticket**: Seit 1.7.2022 ist die gänzliche oder teilweise Übernahme von Wochen-, Monats- oder Jahreskarten für öffentliche Verkehrsmittel steuerfrei möglich. Dazu zählt auch das **Klimaticket**;
- Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden;
- **Kostenlose** oder **verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen**, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, **nicht** aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenabstellplätze);
- **Zukunftssicherung** (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €;
- Freie oder **verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz** von bis zu 8 € pro Arbeitstag;

- Zuschuss für **Kinderbetreuungskosten** 2.000 € (pro Kind);
- **Mitarbeiterrabatte** auf Produkte des Unternehmens, die nicht höher als 20 % sind, führen zu keinem Sachbezug. Diese 20 % sind eine **Freigrenze**, d.h. wird ein höherer Rabatt gewährt, liegt prinzipiell ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis vor, von dem im gesamten Kalenderjahr nur 1.000 € (**Freibetrag**) steuerfrei sind;
- **Mitarbeiterbeteiligung:** für den Vorteil aus der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von **Unternehmensanteilen** an Mitarbeiter besteht ein **jährlicher Freibetrag** pro Mitarbeiter i.H.v. **3.000 €**. Seit dem 1.1.2018 gibt es auch die Möglichkeit der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Aktien bis zu einem Wert von **4.500 € pro Jahr** in steuer- und sozialversicherungsbefreiter Form. Voraussetzung ist, dass eine **Mitarbeiterbeteiligungsstiftung** die Aktien bis zum Ende des Dienstverhältnisses treuhändig verwaltet;
- **Mitarbeitergewinnbeteiligung:** Eine Gewinnbeteiligung von bis zu 3.000 € im Kalenderjahr kann steuerfrei (nicht aber sozialversicherungsfrei) ausbezahlt werden;
- **Steuerfreie Mitarbeiterprämie:** im Ausmaß von **bis zu 500 €** kann im Jahr 2026 unter bestimmten Voraussetzungen eine **Mitarbeiterprämie** ausbezahlt werden, für die **keine Lohnsteuer** anfällt. Anders als in den Vorjahren besteht jedoch eine Sozialversicherungspflicht sowie keine Befreiung von anderen Lohnnebenkosten. Die Lohnsteuerfreiheit der Mitarbeiterprämie muss auf einer lohngestaltenden Vorschrift (insbesondere **Kollektivvertrag**) beruhen. Wird sowohl eine Mitarbeitergewinnbeteiligung als auch eine Mitarbeiterprämie ausbezahlt, ist die Mitarbeitergewinnbeteiligung nur insoweit steuerfrei, als **gemeinsam** die **3.000 € pro Jahr** nicht überstiegen werden.

1.3 Für Arbeitnehmer

Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor** dem **31.12.26** entrichtet werden, damit sie 2026 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten**. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 €** (**Werbungskostenpauschale**) übersteigen. Überdies können die Kosten für die **Anschaffung ergonomisch geeigneten Mobiliars fürs Home-Office** (z.B. Schreibtisch, Drehstuhl, Beleuchtung) von **bis** zu **300 €** als zusätzliche Werbungskosten geltend gemacht werden. Auch ohne Nachweis der Kosten können **2026 letztmalig pauschal 3 € pro Home-Office-Tag** (für maximal 100 Tage) als **Werbungskosten** abgesetzt werden. Ab 2027 ist die Begünstigung, ebenso wie die Möglichkeit einer steuerlichen Auszahlung einer Telearbeitspauschale durch den Dienstgeber, gestrichen worden.

Arbeitnehmerveranlagung 2021 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht-lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2021** läuft die Frist am 31.12.2026 ab. Dabei können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden, die im Rahmen des **Freibetragsbescheids** noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine

Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährige Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nichtganzjährige Beschäftigung**.

1.4 Für alle Steuerpflichtigen

Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalierte Steuerpflichtige können **Steuerberatungskosten** jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind bis zu 600 € absetzbar (automatische Meldung an das Finanzamt**)**.

Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen** etc.) können Spenden i.H.v. **max. 10 % des Einkommens** geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld)**Spenden an mildtätige Organisationen**, **Tierschutzvereine** und Tierheime (BMF-Liste), **freiwillige Feuerwehren** oder auch – sofern Gemeinnützigkeit vorliegt – an Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen oder Sportvereine Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10 % des Gesamtbetrags der Einkünfte**.

Zukunftsvorsorge – Bausparen – Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die 2026 geförderte **private Zukunftsvorsorge** im prämienbegünstigten Ausmaß von **3.817,04 €** p.a. führt zur **staatlichen Prämie** von **4,25 % (162,22 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2026 eine **staatliche Prämie** von **18 €** beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).

Geplante Liegenschaftsverkäufe noch 2026 durchführen

Für Eigentümer von „Altgrundstücken" (Grundstücke, die vor dem 31.3.2002 angeschafft worden sind) **erhöht sich im Verkaufsfall ab 2027** die **effektive Immobilienertragsteuer** von 4,2 % **auf 6 %** des **Verkaufspreises**. Bei **umgewidmeten Grundstücken** werden die pauschalen Anschaffungskosten von 40 % auf 30 % gesenkt, wodurch die **Steuerbelastung** von 18 % **auf 21 %** steigt. Diese Änderungen gelten für Verkäufe, bei denen das Verpflichtungsgeschäft (**Kaufvertrag**) nach dem 31.12.2026 abgeschlossen wird. Es kann daher sinnvoll sein, geplante Immobilienverkäufe derartiger Liegenschaften noch im Jahr 2026 durchzuführen, um eine höhere Steuerbelastung zu vermeiden.

Erhöhung Alkoholsteuer für Spirituosen

Ab 1.1.2027 **erhöht** sich die **Alkoholsteuer** für **Spirituosen** (nicht aber auf Bier und Wein) um 30 %. Da damit gerechnet werden muss, dass sich die Erhöhung dann auch in den Konsumentenpreisen (teilweise) niederschlägt, kann es sich anlässlich der Feiertage lohnen, etwas mehr auf Vorrat einzukaufen.



© Being Imaginative - Adobe

2 Neues ab 2027 – aktuelle Themen

2.1 Verschärfungen durch das Budgetbegleitgesetz 2027-2028

Das **Budgetbegleitgesetz 2027-2028** hat einige Verschärfungen gebracht, die nachfolgend überblicksmäßig dargestellt werden. Zur Paketsteuer und zum Sachbezug für rein elektrisch betriebene PKW sei auf die gesonderten Beiträge verwiesen.

Erhöhung der Körperschaftsteuer, aber kein Progressionsvorbehalt

Für unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften und für beschränkt steuerpflichtige ausländische Körperschaften **erhöht** sich der **Körperschaftsteuersatz** auf Einkommensteile **über 1 Mio. € ab 2028** auf **24 %**. Für steuerliche Unternehmensgruppen ist das gesamte Gruppeneinkommen für die 1 Mio. € Schwelle maßgeblich. **Erfreulicherweise** wurde im Rahmen der Gesetzwerdung klargestellt, dass im Rahmen der Körperschaftsteuer **kein Progressionsvorbehalt** zur Anwendung kommt. Entsprechend der Regierungsvorlage hätte ein Progressionsvorbehalt für **ausländische Einkünfte**, welche gem. DBA freizustellen sind, eingeführt werden sollen. Durch den Progressionsvorbehalt hätte sich der für die **inländischen Einkünfte** maßgebende **Steuersatz erhöht** und überdies zu einem bürokratischen Mehraufwand geführt.

Ausschüttungsfiktion bei Gesellschafterverrechnungskonten

Die auf einem **Gesellschafterverrechnungskonto** (d.h., eine natürliche Person als Gesellschafter mit einem Gesellschafterverrechnungskonto) ausgewiesenen **Forderungen gegenüber dem Gesellschafter** müssen **grundsätzlich** bis zum Ablauf des Bilanzstichtags der Gesellschaft **ausgeglichen**

werden oder in eine **fremdübliche Darlehensforderung** (wichtige Aspekte hierbei sind Schriftlichkeit, entsprechende Sicherheiten, fremdübliche Laufzeit und Verzinsung, etc.) **umgewandelt** werden. Bestehen hingegen diese Forderungen weiter, unterliegen die ausgewiesenen Beträge der **Ausschüttungsfiktion** und somit der **KESt**. Ausgangspunkt für diese Änderung war mitunter, dass der Verwaltungspraxis folgend Forderungen an den Gesellschafter von diesem häufig nicht beglichen werden. Die Änderung gilt erstmals für im Jahr 2027 endende Wirtschaftsjahre.

In der Regierungsvorlage war noch vorgesehen, dass der **Zufluss der Ausschüttung** (Ausschüttungsfiktion) bereits **am Tag nach dem Bilanzstichtag** erfolgen soll. Nunmehr gilt als **Zeitpunkt** für den Zufluss der Ausschüttung der **Tag nach der Feststellung des Jahresabschlusses** bzw. **spätestens nach fünf Monaten**. Zu Änderungen ist es auch bei der **Bagatellgrenze von 50.000 €** gekommen – sie ist nunmehr **generell anzuwenden** und nicht nur für Gesellschafter mit einem Beteiligungsausmaß von mindestens 10 %. Schließlich gilt die Ausschüttungsfiktion nicht nur für Verrechnungsforderungen gegenüber Gesellschaftern, sondern auch gegenüber diesen **nahestehende**n **Personen** sowie für **mittelbare Gesellschafter**.

Temporäre Einschränkungen beim investitionsbegünstigten Gewinnfreibetrag

Die Geltendmachung des **investitionsbedingten Gewinnfreibetrags** (für Gewinne über 33.000 €) wird für nach dem 31.12.2026 und vor 1.1.2030 beginnende Wirtschaftsjahre auf **Realinvestitionen eingeschränkt**. **Investitionen in Wertpapiere** berechtigen somit nicht mehr zur Inanspruchnahme des investitionsbedingten Gewinnfreibetrags. **Wertpapier-Ersatzbeschaffungen** sind weiterhin möglich.

Änderungen der Immo-ESt für „Altvermögen“

Für **Altvermögen** (d.h. für Immobilien, die nach der Altregelung zum 31.3.2012 nicht mehr steuerverfangen waren), **sinken** die **pauschalen Anschaffungskosten** bei Umwidmung auf Bauland vor 31.12.2024 auf 30 % (von 40 %) des Veräußerungserlöses bzw. wenn bislang keine Umwidmung erfolgt ist, auf 80 % (von 86 %) des Veräußerungserlöses. Bei Umwidmungen auf Bauland ab 1.1.2025 kommt es durch den **Umwidmungszuschlag** zu einer noch höheren Steuerbelastung. Dadurch resultiert eine **de facto Steuerbelastung** von **21 %** (statt bisher 18 %) bzw. **6 %** (statt bislang 4,2 %) – der **nominelle Steuersatz** der Immo-ESt bleibt bei **30 %**. Die Änderungen sind erstmals auf Veräußerungen nach dem 31.12.2026 anwendbar – es ist dabei jeweils auf das Verpflichtungsgeschäft abzustellen.

Abschaffung von Telearbeitspauschale und von Arbeitsplatzpauschale

Für nach dem 31.12.2026 beginnende Wirtschaftsjahre werden das **Telearbeitspauschale** (bisher 3 € pro Telearbeitstag, maximal 300 € pro Jahr) und das **Arbeitsplatzpauschale** (bislang 300 € bzw. 1.200 € pro Jahr) **abgeschafft**. Bei dem Telearbeitspauschale entfällt überdies die bisherige **sozialversicherungsrechtliche Beitragsfreiheit** von 300 €. Die Geltendmachung von **Kosten für ergonomisches Mobiliar** als Werbungskosten von 300 € jährlich bleibt erhalten – hier fällt jedoch die bisherige Notwendigkeit von 26 Telearbeitstagen weg.

Keine Valorisierung von Sozialleistungen – Änderungen beim Familienbonus Plus

Die **Valorisierung** von Kinderabsetzbetrag, Familienbeihilfe, Mehrkindzuschlag, Kinderbetreuungsgeld und Familienzeitbonus wird im Kalenderjahr **2028 ausgesetzt**. Dies gilt auch für Kranken-, Rehabilitations- und Wiedereingliederungsgeld. Beim **Familienbonus Plus** werden die **Aufteilungsmöglichkeiten** zwischen den Anspruchsberechtigten insoweit **eingeschränkt**, als ab 2027 der Familienbonus Plus nur noch **50:50** oder **75:25**, nicht aber mehr 100:0 aufgeteilt werden kann. Dies gilt allerdings nicht, wenn das Kind noch unter 4 Jahren ist bzw. ein anderes Kind, welches das 4. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, im gleichen Haushalt lebt.

Verstärkte Datenübermittlung im Zusammenhang mit Immobilien

Mit dem Ziel, zukünftig **nicht deklarierte Vermietungseinkünfte** und **Immobilien-Scheingeschäfte aufzudecken**, dürfen nunmehr die vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen übermittelten Daten auch für Zwecke der Abgabenerhebung verarbeitet werden. Gleiches gilt für aus dem **Grundbuch** stammende Daten wie eingetragene und vorbehaltene Pfandrechte und bezüglich Wohnungseigentums.

2.2 „Arbeiten im Alter“ wird (steuerlich) begünstigt


© Rido - Adobe

Mit dem „**Aktivitätsfreibetrag“** wird **ab 2027** das Arbeiten in der **Pension** durch einen **steuerfreien Zuverdienst** von bis zu 15.000 € pro Jahr steuerlich attraktiver. Überdies müssen zukünftig Beschäftigte im Pensionsalter unter bestimmten Voraussetzungen **keine Pensionsversicherungsbeiträge** bezahlen, sodass es auch **sozialversicherungsrechtlich** zu einer Entlastung im Rahmen der „Aktivpension“ kommt.

Konkret sind einige Voraussetzungen an die Inanspruchnahme geknüpft – **Detailinformationen** und **FAQs** finden sich dazu auch auf den Webseiten des BMF (https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/aktivpension.html) und des Sozialministeriums (https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Sozialversicherung/Aktivpension.html). So kann der **Aktivitätsfreibetrag** nur in Anspruch genommen werden, wenn das (inländische) gesetzliche **Regelpensionsalter erreicht** wurde, ein **Anspruch** auf **Alterspension** besteht und begünstigte Einkünfte aus **aktiver Erwerbstätigkeit** erzielt werden. Begünstigt sind Personen, welche den **Pensionsantritt aufschieben** („Aufschieber“) oder bereits Alterspension beziehen und **weiterarbeiten** („Zuverdiener“). Für Männer beträgt das gesetzliche Regelpensionsalter 65 Jahre, für Frauen gilt bis 2033 das niedrigere, schrittweise ansteigende gesetzliche Regelpensionsalter. **Ausgeschlossen** sind hingegen Bezieher vorzeitiger Pensionen wie z.B. von Korridorpensionen. Bei **ausländischen Pensionsansprüchen**, sofern sie mit jenen nach österreichischen Gesetzen wie etwa APG, ASVG, GSVG usw. vergleichbar sind, muss ebenso das österreichische gesetzliche Regelpensionsalter erreicht worden sein.

Schließlich muss einer **aktiven Erwerbstätigkeit** nachgegangen werden i.S.d. Land- und Forstwirtschaft, selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb oder nicht selbständiger Arbeit. Hingegen liegt **keine Begünstigung** vor bei betrieblichen Versorgungsrenten, überwiegend aus Betriebsverpachtung stammenden Einkünften sowie bei Einkünften kapitalistischer Mitunternehmer. Ebenso wenig sind Einkünfte vom Aktivitätsfreibetrag erfasst, sofern sie bereits anderweitig **steuerlich begünstigt** sind, wie dies etwa beim 13. und 14. Gehalt der Fall ist (sonstige Bezüge) oder bei Einkünften aus Kapitalvermögen und Grundstücksveräußerungen, sofern sie dem **besonderen Steuersatz** unterliegen.

Weitere wichtige **Voraussetzung** für bereits Pension beziehende Personen (**Zuverdiener**) ist eine **Mindestanzahl** an **Versicherungsmonaten** im Zeitpunkt des Pensionsantritts. Für Aufschieber bzw. Bezieher einer Teilpension gilt diese Einschränkung nicht. Während für **Männer** 480 Versicherungsmonate (dies entspricht **40 Jahren**) erforderlich sind, gelten für Frauen ab 2027 beispielsweise 408 Versicherungsmonate (entspricht 34 Jahren); ab 2033 müssen Frauen auch 480 Versicherungsmonate aufweisen, um den Aktivitätsfreibetrag geltend zu machen. Zu den **Versicherungszeiten** zählen auch **Kindererziehungszeiten**, Präsenzdienstzeiten oder nachgekaufte Versicherungszeiten wie auch vergleichbare Zeiten bei Versorgungseinrichtungen im EU/EWR-Raum, sofern sie nachgewiesen werden können. Schließlich ist eine **Sonderregelung** für Personen zu beachten, die ihre **Alterspension** vor dem 1. Juli 2026 **angetreten haben**, jedoch die erforderlichen **Versicherungsmonate** noch **nicht erreicht** haben. Diese können, vorausgesetzt die übrigen Voraussetzungen sind erfüllt, den **Aktivitätsfreibetrag** in Anspruch nehmen, sobald sie **nach Pensionsantritt** Einkünfte aus einer aktiven, vollversicherungspflichtigen (über der Geringfügigkeitsgrenze liegenden) Erwerbstätigkeit für einen Zeitraum erzielt haben, welcher zumindest der Differenz der fehlenden Versicherungsmonate entspricht (quasi können sich diese Personen in die Begünstigung **„hineinarbeiten“**).

Der **(Aktivitäts)Freibetrag** beträgt höchstens 1.250 € pro Monat, in welchen begünstigte Einkünfte erzielt werden und folglich bei 12 Monaten **höchstens 15.000 €**. Der Freibetrag kann jedoch nicht höher sein als die insgesamt erzielten begünstigten Einkünfte und gilt **pro Steuerpflichtigen** (pro Monat), nicht pro Tätigkeit, weshalb die Zeiträume unselbständiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit zusammengezählt werden. Bei ebenso begünstigten **betrieblichen Einkünften** muss der **Aktivitätsfreibetrag** in der Steuererklärung **beantragt** werden, wobei auch der Zeitraum der begünstigten Tätigkeit anzugeben ist. Der Aktivitätsfreibetrag als (Steuer)Freibetrag vermindert die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer bzw. kann auch im Rahmen der Lohnsteuer geltend gemacht werden bzw. sogar bereits vom **Arbeitgeber** bei der **Lohnverrechnung berücksichtigt** werden.

Die **sozialversicherungsrechtlichen Begünstigungen** im Rahmen der **Aktivpension** umfassen den **Entfall des Dienstnehmerbeitrags** für Zuverdiener und Aufschieber, wobei eine entsprechende Entlastung auch für Selbständige sichergestellt wird. **Dienstgeber** von Personen, die ihren Pensionsantritt über das Regelpensionsalter hinaus aufschieben, müssen den **Dienstgeberbeitrag** zur Pensionsversicherung **in voller Höhe** (12,55 %) bezahlen, wodurch es zu einer vollständigen **Verschiebung** der **Beitragslast** auf den Dienstgeber kommt. **Aufschieber** können ihre **Pension** für jedes zusätzliche Arbeitsjahr um 5,1 % für **maximal 3 Jahre** erhöhen (insgesamt um 15,3 %). Überdies erhöht jeder zusätzliche Beitragsmonat die Gesamtgutschrift auf dem Pensionskonto und somit die monatliche Pension. **Zuverdiener** erhalten für Zeiten **vor** dem 1. Januar 2027 für eine die Pflichtversicherung begründende Erwerbstätigkeit grundsätzlich einen **besonderen Höherversicherungsbeitrag** (zusätzliche Pensionssteigerung). Dieser Höherversicherungsbeitrag **entfällt** ab 1. Jänner 2027. Im Gegen-

zug müssen **Zuverdiener** ab dann **keine eigenen Pensionsversicherungsbeiträge** mehr **bezahlen**, sodass mehr Netto vom Zuverdienst verbleibt.

2.3 Abgabenänderungsgesetz 2026 im Ministerialentwurf veröffentlicht

Das **Abgabenänderungsgesetz 2026** sieht eine Vielzahl an Änderungen vor, die nachfolgend ausgewählt im Überblick dargestellt werden sollen. Die **weitere Gesetzwerdung** bleibt **abzuwarten**.

Neue Anforderungen an die altersbegünstigte Betriebsaufgabe

Die in § 37 Abs. 5 EStG normierte **Altersbegünstigung** bei **Betriebsveräußerung** oder -aufgabe verlangt neben der **Vollendung des 60. Lebensjahres** auch die **Einstellung der Erwerbtätigkeit**. Ab der Veranlagung 2027 soll das Erfordernis „Einstellen der Erwerbstätigkeit" entfallen und durch zwei neue Voraussetzungen ersetzt werden. Erstens soll die **Begünstigung** von jedem Steuerpflichtigen **nur einmal im Leben** in Anspruch genommen werden können (sie ist personenbezogen und geht nicht automatisch auf die Erben über). Zweitens sollen der Begünstigung nur **Tätigkeiten** zugänglich sein, welche mit einem **Mindestmaß** an **unternehmerischem Risiko** und unternehmerischer Initiative verbunden sind.

Einkünfte aus Photovoltaikanlagen

Im Sinne der **Verwaltungsvereinfachung** sollen Einkünfte aus einer Photovoltaikanlage vollständig der **Einkunftsquelle** zugeordnet werden, mit der die Anlage eng zusammenhängt (sofern der Betrieb der Anlage gegenüber dieser Einkunftsquelle nachhaltig von untergeordneter Bedeutung ist – davon ist bei weniger als 20 % auszugehen). Zuvor ist noch sicherzustellen, dass **keine Liebhaberei** vorliegt.

Auslaufen der Konsignationslagerregelung

In Vorbereitung auf die durch **„ViDA"** (VAT in the Digital Age) vorgesehenen Änderungen grenzüberschreitender Umsätze soll die **Konsignationslagerregelung** mit 30.6.2028 **auslaufen**.

Touristenexport

Die **Bagatellgrenze** für steuerfreie Ausfuhrlieferungen im Rahmen des so genannten „Touristenexports" soll von bislang 75 € auf **125 €** angepasst werden.

Verkürzungszuschlag – Anwendungsbereich wird ausgedehnt

Die Möglichkeit der Festsetzung eines **Verkürzungszuschlags** (gem. § 30a FinStrG) soll auf Fälle **zu Unrecht erklärter Verluste** ausgedehnt werden. Als Bemessungsgrundlage ist dann jener Betrag vorgesehen, der sich ergibt, wenn der maßgebliche ESt- bzw. KöSt-Tarif auf den zu Unrecht erklärten Verlust angewendet wird.

2.4 „Paketsteuer“ und ihre Auswirkungen auf Logistik und E-Commerce

Mit dem **Paketsteuergesetz** wurde in Österreich erstmals eine eigenständige Steuer auf die Zustellung von Paketen eingeführt. Der Gesetzgeber versucht damit auf das anhaltend starke **Wachstum** des **Onlinehandels** zu reagieren und verfolgt neben fiskalischen Zielen insbesondere ökologische und standortpolitische Lenkungseffekte. Der Paketsteuer unterliegt **seit 1. Oktober 2026** (Auslöser ist die **Annahme** der **Zahlung**) die **Zustellung von Paketen im Inland**, sofern diese im Rahmen von Versandhandelsumsätzen erfolgt. Maßgeblich ist, dass der Verkauf der Waren unter Einsatz von Fernkommunikationsmitteln (z.B. Internet) zustande kommt und der Unternehmer die Beförderung veranlasst. **Nicht erfasst** sind demgegenüber klassische stationäre Kaufvorgänge mit nachgelagerter Lieferung (Nachversand von **im Geschäft gekauften Produkten**) oder **Abholmodelle** („Click-and Collect“). Diese Abgrenzung verdeutlicht die klare Fokussierung auf den digitalen Vertriebskanal.

Grundsätzlich ist der **Versandhändler steuerpflichtig**, allerdings **nur**, sofern seine **Versandhandelsumsätze** im **Inland** im vorangegangenen Wirtschaftsjahr **100 Mio. € überschritten** haben. Diese hohe Schwelle führt dazu, dass die Steuer primär große Marktteilnehmer trifft. Zusätzlich wird durch die Übernahme der aus der Umsatzsteuer bekannten **Plattformfiktion** erreicht, dass auch **Betreiber von Onlineplattformen** als fiktive Versandhändler gelten können und damit in die Steuerpflicht einbezogen werden. Durch die Plattformfiktion können auch **Anbieter**, die **unter** der **100 Mio. €-Grenze** liegen, von der **Paketsteuer betroffen** sein.

Die Steuer beträgt grundsätzlich **2 € pro Paket**, alternativ kann sie auch **pauschal** pro **Bestellung** erhoben werden. Da die Paketsteuer je Paket/Bestellung eingehoben wird, führt dies zu einer **relativ betrachtet** stärkeren Belastung bei niedrigpreisigen Produkten und setzt zugleich Anreize zur **Bündelung von Bestellungen**. Eine Besonderheit liegt im **Zeitpunkt der Steuerentstehung**: Diese knüpft bereits an die **Annahme der Zahlung** an und nicht an die tatsächliche Zustellung des Pakets. Dadurch ergeben sich nicht nur Abweichungen zur logistischen Realität, sondern auch potenzielle Cashflow-Effekte. Besonders praxisrelevant ist zudem, dass eine **nachträgliche Entlastung** bei **Retouren ausgeschlossen** ist, sofern die Zustellung bereits erfolgt ist. Das heißt, auch wenn Waren zurückgesendet werden und die Lieferung nicht stattfindet, fällt Paketsteuer an.

Für die Anwendung der Steuer ist maßgeblich, ob ein **Versandhandelsumsatz** im Sinne des Art. 3 BMR vorliegt, was insbesondere **Lieferungen an Nichtunternehmer** oder diesen gleichgestellte Abnehmer voraussetzt. Dazu zählen neben **Privatpersonen** auch Unternehmer, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind wie **Kleinunternehmer** oder auch pauschalierte Landwirte sowie bestimmte juristische Personen. Diese Differenzierung führt in der Praxis zu erhöhtem Prüfungsaufwand und birgt ein erhebliches Fehlerrisiko, insbesondere bei Mischkunden oder unzureichend dokumentierten Kundendaten.

Verfahrensrechtlich ist die Paketsteuer als **Selbstbemessungsabgabe** ausgestaltet, die **quartalsweise** zu **melden** und zu **bezahlen** ist. Ergänzend bestehen umfangreiche **Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten**, welche eine enge Verzahnung von Steuerfunktion, IT und Logistik erfordern. Die Paketsteuer ist aufgrund der Umsatzschwelle derzeit nur für einen eingeschränkten Kreis von Unternehmen relevant. Unternehmen unterhalb dieser Schwelle unterliegen aktuell keiner Steuerpflicht, ausgenommen sie verkaufen Waren über eine Plattform. Gleichwohl handelt es sich um ein

dynamisches Regelwerk, dessen Bedeutung mit wachsendem Onlineanteil oder geänderter Umsatzstruktur rasch zunehmen kann – folglich sind die Anforderungen an Datenqualität und Systemintegration besonders wichtig.

2.5 Entgelttransparenzrichtlinie stellt hohe Anforderungen an Arbeitgeber

Die **EU-Entgelttransparenzrichtlinie** aus Juni 2023 **hätte** bereits bis 7. Juni 2026 in österreichisches Recht **umgesetzt werden müssen**. Wenngleich dies in Österreich noch nicht geschehen ist und auch noch kein Begutachtungsentwurf vorliegt, enthält die **Richtlinie** selbst einige **Anforderungen**, die von den Unternehmen als **Arbeitgeber** besser früher als später in Angriff genommen werden sollten (z.B. Prüfung interner Entgeltstrukturen auf ihre Richtlinienkonformität, Einführung geschlechtsneutraler Stellenbewertungssysteme, Aufbau erforderlicher Dokumentationsprozesse). Zentraler Aspekt der Richtlinie ist, dass durch **erhöhte Transparenz** sowie schlagkräftigere **Rechtsdurchsetzungsmechanismen** dem Grundsatz des **gleichen Entgelts für gleiche oder gleichwertige Arbeit** zum Durchbruch verholfen werden soll und somit **geschlechtsspezifische Entgeltunterschiede** beseitigt werden sollen. Bedeutsam ist hierbei, dass die Richtlinie eine **Beweislastumkehr** vorsieht und der **Arbeitgeber nachweisen muss**, dass keine unmittelbare oder mittelbare Entgeltdiskriminierung vorliegt. **Arbeitnehmer** haben bei Entgeltungleichheit ein gerichtlich durchsetzbares Recht auf **Schadenersatz** oder Entschädigung. Darüber hinaus kann auch das Image des Unternehmens erheblich beeinträchtigt werden.

Erhöhte Transparenz zeigt sich schon darin, dass Beschäftigte – unabhängig von der Größe des Unternehmens – ein **Recht** auf schriftliche Auskünfte über ihre **individuelle Entgelthöhe** und die **durchschnittlichen Entgelthöhen anderer Beschäftigter**, welche die gleiche oder gleichwertige Arbeit verrichten, haben. Dabei ist das **durchschnittliche Entgelt für jedes Geschlecht** gesondert auszuweisen. Einem solchen Auskunftsersuchen ist vom Arbeitgeber innerhalb einer angemessenen Frist bzw. jedenfalls innerhalb von 2 Monaten schriftlich nachzukommen – über dieses individuelle Auskunftsrecht sind die Beschäftigten jährlich proaktiv zu informieren.

Zusätzlich trifft **Arbeitgeber** mit mehr als 100 Beschäftigten – Österreich könnte diese Verpflichtung allerdings auch auf Arbeitgeber mit weniger Beschäftigten ausdehnen – die **Verpflichtung**, der **zuständigen nationalen Behörde** (noch unklar, welche Behörde das in Österreich sein wird) in einem regelmäßigen Abstand einen **Bericht** über das **geschlechtsspezifische Lohngefälle** im vorangegangenen Kalenderjahr vorzulegen. Konkret unterliegen Unternehmen mit zwischen **100 und 150 Beschäftigten** ab 2031 alle drei Jahre dieser Verpflichtung, Unternehmen mit **150 bis 249 Beschäftigten** ab 2027 alle drei Jahre und Unternehmen mit **mehr als 250 Beschäftigten** ab 2027 jährlich dieser Verpflichtung.

Wird in einem solchen **Entgeltbericht** ein **geschlechtsspezifisches Lohngefälle** (aus der Vergangenheit betrachtet sind typischerweise Frauen benachteiligt) von **mindestens 5 %** festgestellt, welches nicht durch objektive, geschlechtsneutrale Kriterien gerechtfertigt ist (ob hier das **Dienstalter** angeführt werden kann, ist umstritten) bzw. nicht innerhalb von sechs Monaten korrigiert wird, so ist der **Arbeitgeber verpflichtet**, gemeinsam mit der **Arbeitnehmervertretung** (oftmals Betriebsrat) eine **Entgeltbewertung** durchzuführen („gemeinsame Entgeltbewertung“) und Maßnahmen zur **Besei-**

tigung der Unterschiede zu setzen. Eine solche gemeinsame Entgeltbewertung hat zum Ziel, ungerechtfertigte Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen zu erkennen, zu korrigieren und künftig zu verhindern. Konkret werden dabei laut Richtlinie die **Personalstruktur**, Entgeltverteilung, **Entgeltunterschiede** und deren Begründung sowie die Entgeltentwicklung **analysiert**. Die **Analyseergebnisse** müssen den Beschäftigten und deren Vertretern, der Behörde und auf Anfrage auch der Arbeitsaufsichtsbehörde und der Gleichbehandlungsstelle zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich müssen bestimmte Berichtselemente auch auf der **Unternehmenswebsite** oder in einem gesonderten Bericht extern **veröffentlicht** werden. Der **Entgeltbegriff** ist dabei **breit** definiert und umfasst wiederkehrende wie einmalige Leistungen, Geldleistungen wie Naturalleistungen, fixe wie auch variable Leistungen, kollektivvertraglich vereinbarte Leistungen usw.

Über Berichtspflichten hinaus führt die Entgelttransparenzrichtlinie auch dazu, dass Unternehmen (noch stärker als bislang) **Kategorien von Arbeitnehmern definieren** müssen, welche gleiche oder gleichwertige Arbeit verrichten und dabei auf **objektive Bewertungskriterien** zurückgreifen müssen. Die Richtlinie nennt dabei vier mindestobligatorische **Bewertungskriterien** – **Kompetenzen**, **Belastungen**, **Verantwortung** und **Arbeitsbedingungen** – sowie gegebenenfalls weitere Faktoren, die für den konkreten Arbeitsplatz oder die konkrete Position relevant sind. Die Arbeitgeber müssen bei solchen Bewertungen auf die Position und nicht auf die Person abstellen und haben den Beschäftigten leicht zugängliche Informationen über diese Kriterien zu ermöglichen, anhand derer Entgelt, Entgelthöhe und Entgeltentwicklung festgelegt werden.

Schließlich müssen Arbeitgeber im **Bewerbungsverfahren** klare und transparente Informationen über das für die Stelle vorgesehene **Einstiegsgehalt**, die Entgeltspanne (falls anwendbar, über den entsprechenden Kollektivvertrag) geben, wobei diese Informationen auf objektiven und geschlechtsneutralen Kriterien beruhen müssen. Arbeitgeber dürfen der Richtlinie entsprechend auch keine Fragen nach dem aktuellen oder früheren Gehalt stellen, um nicht ungewollt **Entgeltdiskriminierung** fortzuführen. Die konkrete Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie in Österreich bleibt abzuwarten.

2.6 Änderungen in der Rechnungslegung durch das Nachhaltigkeitsberichtsgesetz

Nach jahrelangem Warten ist das **Nachhaltigkeitsberichtsgesetz** (NaBeG) am 19.2.2026 in Kraft getreten. Diskutiert wurde das NaBeG lange vor allem im Hinblick auf die Umsetzung der **Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)**, die zu massiven Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung führt. Aber auch in Sachen **Rechnungslegung** bringt das NaBeG einige Änderungen.
In der **Rechnungslegung** wird für **Geschäftsjahre**, die nach dem 31. Dezember **2026** beginnen, das **Disagio abgeschafft** und durch die in der internationalen Rechnungslegung bereits etablierte **Effektivzinsmethode** ersetzt. **Aufwendungen**, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der **Aufnahme** von **Fremdkapital** stehen (beispielsweise Kreditprovisionen, Disagio, einmalige Gebühren etc.), sind **über die Laufzeit** aufwandswirksam zu **verteilen**. Unwesentliche Beträge können sofort als Aufwand erfasst werden. Dies führt auch zu einer **Angleichung** der unternehmensrechtlichen an die **steuerliche Vorgehensweise**, nach welcher Geldbeschaffungskosten bisher schon zu verteilen waren. Ein aus Vorperioden bereits aktiviertes Disagio darf weitergeführt werden.

Unternehmen, die einen **Nachhaltigkeitsbericht** zu erstellen haben, müssen im **Lagebericht** die **wichtigsten immateriellen Ressourcen** (z.B. selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände, Beschäftigte, Kundenbeziehungen etc.) anführen. Vorerst beschränkt sich diese Verpflichtung auf **börsennotierte Unternehmen** mit mehr als 500 Arbeitnehmern.

Entfall des Unterschriftenerfordernisses: Weiterhin gilt, dass Unternehmer das Datum der Aufstellung und die aufgestellte Fassung des **Jahres- bzw. Konzernabschlusses** zu dokumentieren haben. Diese Dokumentation kann weiterhin mit Unterschrift erfolgen. Die Unterschrift muss aber nicht zwangsläufig auf dem Jahresabschluss angebracht werden, wenn durch andere Maßnahmen sichergestellt wird, dass der aufgestellte **Jahresabschluss nicht verändert** werden kann. Dies kann beispielsweise mittels Generierung eines Codes (**„Hashwert"**) erfolgen, welcher **sicherstellt**, dass die elektronische Version der Unterlagen nur mehr durch Ausgabe eines anderen Codes verändert werden kann, und dieser Code unterschrieben wird. Ob diese Vorgehensweise sich in der Praxis dann auch durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.



3 Fokus Unternehmer

3.1 Betriebsstättenrisiko durch Homeoffice deutlich gesunken

Die **wachsende Mobilität von Arbeitnehmern** und nicht zuletzt die stärkere Nutzung des **Homeoffice** nach der COVID-19 Pandemie hat zum Teil zum **Risiko** geführt, dass Unternehmen eine **Betriebsstätte** durch das Arbeiten im **Homeoffice** ihrer Mitarbeiter **begründen** können. Das Update des **OECD Musterkommentars** Ende 2025 wie auch eine dazu ergangene **Information** des **BMF** vom 4. Jänner 2026 (BMF – IV/8 (IV/8), GZ 2025-1.050.421) hat lang erwartete **Klarstellungen** gebracht und zu einer **Entschärfung des Betriebsstättenrisikos** für Unternehmen geführt. In Zukunft können somit zahlreiche **Mini-Betriebsstätten** mit wenig Steuersubstrat, aber hohem Verwaltungsaufwand **vermieden** werden.

Künftig ist das Begründen einer Betriebsstätte durch das **Arbeiten im Homeoffice** durch den Arbeitnehmer nur mehr anzunehmen, wenn in einem **ersten Schritt** die Person **zumindest 50 % der Arbeitszeit innerhalb** eines Zeitraums **von 12 Monaten** im Homeoffice verbringt. Wird dieses **zeitliche Kriterium nicht erfüllt** (gilt somit für Tätigkeiten von geringerem Ausmaß), wird **keine Betriebsstätte** des Arbeitgebers **begründet**. Als **Durchrechnungszeitraum** gilt dabei ein **beliebiger Zeitraum von 12 Monaten**, der im jeweiligen Veranlagungsjahr beginnt oder endet – dies ist vorteilhaft, da sogar **vorrübergehend** deutlich **mehr** als 50 % **im Homeoffice gearbeitet** werden kann, ohne eine Betriebsstätte für den Arbeitgeber zu begründen.

Wird das **zeitliche Kriterium erfüllt**, so muss in einem **zweiten Schritt** geprüft werden, ob es einen **wirtschaftlichen Grund („commercial reason")** für die **Tätigkeit** im **Homeoffice** gibt. Entscheidend dabei ist laut BMF-Info, ob es einen **wirtschaftlichen Grund** für das Unternehmen gibt, die Person vom **Homeoffice** aus **arbeiten zu lassen**. Das ist dann anzunehmen, wenn die physische Anwesenheit der Person in diesem Staat die Ausübung der Geschäftstätigkeit des Unternehmens erleichtert. Ein solch **wirtschaftlicher Grund** ist etwa anzunehmen, wenn die Person für das Unternehmen **direkt mit Kunden**, Lieferanten, verbundenen Unternehmen oder anderen Personen **in Kontakt tritt** und dieser Kontakt durch den Aufenthalt in diesem Staat erleichtert wird. Eine Abgrenzung besteht dahingehend, dass **lediglich sporadischer Kontakt** mit diesen Personen nicht zur Annahme eines wirtschaftlichen Grundes und somit **nicht** zur Begründung einer **Betriebsstätte** führen soll.

Überdies ist **kein wirtschaftlicher Grund** gegeben, wenn das Unternehmen das **Arbeiten im Homeoffice** ausschließlich aus dem Grund **ermöglicht**, um diese **Person im Unternehmen zu halten** oder eine Anstellung dieser Person zu ermöglichen. Ebenso wenig liegt eine Betriebsstätte vor, wenn der Dienstgeber die Arbeit im **Homeoffice erlaubt**, **um Kosten** für die Zurverfügungstellung eines Arbeitsplatzes zu **sparen**. Schließlich besteht auch dann de facto **kein Betriebsstättenrisiko** mehr, wenn die **Tätigkeit auf Wunsch des Dienstnehmers ins Homeoffice verlagert** wird und es keine Anknüpfungspunkte für den Dienstgeber an den jeweiligen Staat gibt (selbst wenn überwiegend oder ausschließlich im Homeoffice gearbeitet wird).

Die zu begrüßenden Klarstellungen sind der BMF-Info folgend **ab 2026 anzuwenden**. Schließlich muss, wenn trotz des abgeschwächten Risikos eine **Betriebsstätte** des Dienstgebers durch die Tätigkeit des Dienstnehmers im Homeoffice **begründet** würde, noch immer geprüft werden, ob nicht aufgrund der **Erbringung vorbereitender Tätigkeiten oder Hilfstätigkeiten** im Endeffekt von einer Betriebsstätte abgesehen werden kann.

3.2 Neuer Sachbezug ab 2027 für E-Firmenwagen und die Rolle von Arbeitnehmerbeiträgen

Über Jahre hinweg galten **reine Elektrofahrzeuge** als steuerlicher Goldstandard bei Firmenwagenmodellen. Die **private Nutzung** eines E-Dienstwagens war für Arbeitnehmer vollständig **sachbezugsfrei**. Mit dem **Budgetbegleitgesetz 2027–2028** und der damit verbundenen Änderung der **Sachbezugswerteverordnung** wurde jedoch ein **Paradigmenwechsel** vollzogen: **Ab 1. Jänner 2027** wird erstmals ein **steuerpflichtiger Sachbezug** für **Elektro-Firmenfahrzeuge** eingeführt. Für Unternehmen gewinnt damit eine bisher oft vernachlässigte Frage erheblich an Bedeutung – können **Arbeitnehmerbeiträge** den neuen **E-Auto-Sachbezug reduzieren**?

Derzeit beträgt der **Sachbezugswert** für Fahrzeuge mit einem **CO_2-Emissionswert von 0 g/km** weiterhin **0 €**. Arbeitnehmer zahlen daher für die Privatnutzung eines E-Firmenwagens **weder Lohnsteuer** noch **Sozialversicherungsbeiträge**. Ab 2027 gilt folgender eigener Sachbezug für Elektrofahrzeuge:

» **2027: 0,375 %** der **Anschaffungskosten**, maximal **180 € pro Monat;**
» **ab 2028: 0,625 %** der **Anschaffungskosten**, maximal **300 € pro Monat.**

Damit bleibt der Sachbezug zwar deutlich unter jenem von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor (1,5 % bzw. 2 %, maximal 720 € bzw. 960 € monatlich), der bisherige **steuerliche Vorteil** wird aber spürbar **reduziert**.

Solange der Sachbezugswert für E-Fahrzeuge 0 beträgt, entfalten Kostenbeiträge des Arbeitnehmers grundsätzlich keine sachbezugsmindernde Wirkung. In vielen Unternehmen werden **Arbeitnehmerbeiträge** daher über eine **Bezugsumwandlung** oder **Bruttogehaltsreduktion** dargestellt. Mit Einführung eines steuerpflichtigen Sachbezugs ab 2027 ändert sich die Situation grundlegend. **Arbeitnehmerbeiträge** können dann wieder zur **Reduktion** des **steuerpflichtigen Sachbezugs** herangezogen werden. Dabei gelten dieselben Grundsätze wie bei Verbrennerfahrzeugen.

Für die steuerliche Wirkung ist entscheidend, wie der Arbeitnehmerbeitrag ausgestaltet wird. Leistet der Arbeitnehmer einen **Einmalbetrag** zu den Anschaffungskosten, werden zunächst die **Anschaffungskosten** um diesen Beitrag **reduziert**. Erst danach wird der Sachbezug berechnet (der **Kostenbeitrag reduziert** unmittelbar die Bemessungsgrundlage und somit auch den **Sachbezugswert**). Liegt der errechnete Wert nach Kostenbeitrag weiterhin über dem gesetzlichen Höchstbetrag, entfaltet er keine steuerliche Wirkung i.S. einer Entlastung.

Bei **laufenden** (monatlichen) **Kostenbeiträgen** wird zuerst der **volle Sachbezug** aus den ungekürzten Anschaffungskosten berechnet. Erst danach erfolgt der **Abzug des laufenden Arbeitnehmerbeitrags**. Der **Arbeitnehmerbeitrag** wirkt **unmittelbar sachbezugsmindernd**, solange der Wert nicht trotz Kostenbeitrags weiterhin oberhalb des maximal zulässigen Sachbezugs liegt.

Gerade bei **Elektrofahrzeugen oberhalb der Vorsteuergrenze** oder bei Premiumfahrzeugen könnte die neue Sachbezugsbesteuerung die Car Policy vieler Unternehmen verändern. **Bislang** war es **steuerlich** häufig **unerheblich**, ob ein **Mitarbeiter** für eine bessere Fahrzeugkategorie, Sonderausstattungen oder individuelle Wünsche **Zuzahlungen** leistete. Ab 2027 haben solche Beiträge wieder unmittelbar Einfluss auf die steuerliche Belastung.

Die Neuregelung betrifft nicht nur Arbeitnehmer. Künftig müssen **Arbeitgeber** den E-Fahrzeug-**Sachbezug** in der **Lohnverrechnung** erfassen und darauf Lohnnebenkosten sowie **Umsatzsteuer** berücksichtigen. Der Sachbezug unterliegt bei Elektro-Firmenwagen zudem der 20 %igen Umsatzsteuer. Damit **steigen** die **Gesamtkosten** von **E-Firmenwagenprogrammen**, auch wenn sie gegenüber klassischen Verbrennerfahrzeugen weiterhin steuerlich günstiger bleiben. Diese Änderungen sollten zum Anlass genommen werden, bestehende „Car Policies" und **Mobilitätskonzepte**, **Mitarbeiterbeiträge** (die Höhe des Kostenbeitrags ist grundsätzlich frei vereinbar zwischen Arbeitgeber und -nehmer) und **Gehaltumwandlungsmodelle** dahingehend zu **überprüfen**, ob sie auch unter den zukünftigen Rahmenbedingungen noch optimal ausgestaltet sind.

3.3 Keine Hälftesteuersatzbegünstigung bei Wiederaufnahme einer betrieblichen Tätigkeit

Die **Hälftesteuersatzbegünstigung** bei **Betriebsveräußerungen** oder **-aufgaben** kann unter bestimmten Voraussetzungen in Anspruch genommen werden, etwa wenn die **Betriebsveräußerung** durch den **Tod** des Steuerpflichtigen hervorgerufen wird oder **Erwerbsunfähigkeit** aufgrund körperlicher oder geistiger Behinderung **vorliegt**. Überdies kann noch **die Begünstigung** gem. § 37 Abs. 5 EStG (siehe dazu den Beitrag zum Abgabenänderungsgesetz 2026) zur Anwendung gelangen, wenn der Steuerpflichtige das **60. Lebensjahr vollendet** hat und seine **Erwerbstätigkeit** (dauerhaft) **eingestellt** hat (und seit der Eröffnung oder dem letzten entgeltlichen Erwerbsvorgang **sieben Jahre verstrichen** sind).

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/5100320/2024 vom 18.8.2025) diesbezüglich mit einem 65jährigen Steuerpflichtigen auseinanderzusetzen, der **Ende Juni 2021** den **Handel mit Medizinprodukten aufgegeben** hatte, in Pension ging und die Hälftesteuersatzbegünstigung (**halber Durchschnittssteuersatz**) auf den Übergangs- und Aufgabegewinn geltend machen wollte. **Strittig** war dies jedoch insoweit, als er bereits **kurz nach Aufgabe des Betriebs** als **Konsulent** tätig geworden war, wenn auch nur bis Ende 2023.

Das BFG beschäftigte sich im Rahmen der Entscheidungsfindung insbesondre mit der **„Einstellung der Erwerbstätigkeit“** als Voraussetzung für die **Steuerbegünstigung**. **Keine Erwerbstätigkeit** liegt vor, wenn der **Gesamtumsatz** aus den nach der Betriebsveräußerung ausgeübten Tätigkeiten **22.000 €** und die **gesamten Einkünfte** aus den ausgeübten Tätigkeiten **730 € im Kalenderjahr nicht übersteigen**. Als **Erwerbstätigkeit** gelten alle Tätigkeiten, die sich als **aktive Betätigung im Erwerbsleben** darstellen (also auch betriebliche und nichtselbständige Einkünfte, ausgenommen von Pensionsbezügen). Somit stellt auch die nach der Betriebsaufgabe aufgenommene **Konsulententätigkeit** – selbst wenn sie gar nichts mit der früheren Tätigkeit zu tun hat – eine solche **begünstigungsschädliche Erwerbstätigkeit** dar.

In der zweiten Jahreshälfte der Betriebsaufgabe wurden mit der Konsulententätigkeit bereits erste Einnahmen erzielt, jedoch die Einkünftegrenze von 730 € nicht überschritten. Der reine **Gesetzeswortlaut** der begünstigenden Bestimmung steht der Wiederaufnahme einer Tätigkeit entgegen – der herrschenden **Literaturmeinun**g folgend soll jedoch die **Wiederaufnahme** einer **Erwerbstätigkeit „nach geraumer Zeit“** der Betriebsaufgabe **möglich** sein, **ohne** den in Anspruch genommenen **Hälftesteuersatz zu gefährden**.

Das **BFG** – auch mit Hinweis auf herrschende Judikaturmeinung – **betonte**, dass die **Einstellung der Erwerbstätigkeit** auf eine gewisse (**längerfristige**) **Dauer**, über das Veranlagungsjahr hinaus, **ausgerichtet sein muss**. Überdies darf eine **Wiederaufnahme** der **Erwerbstätigkeit nicht bereits von vornherein geplant sein**, um die Begünstigung auf den Veräußerungsgewinn nicht zu gefährden. Da im konkreten Fall die **Einkünftegrenze** zwar nicht im Jahr der Betriebsaufgabe, aber (bereits) im **Folgejahr überschritten** wurde, kann die **Begünstigung** für die **Betriebsaufgabe** laut BFG **nicht angewendet** werden. Lediglich der Freibetrag von 730 € wird begünstigend gewährt.

3.4 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland

Voraussetzung für den **Vorsteuerabzug** ist, dass die Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers ausgeführt wurde und eine **ordnungsgemäße Rechnung** im Sinne des § 11 UStG vorliegt. Damit die auf einer **Eingangsrechnung** ausgewiesene Umsatzsteuer als **Vorsteuer** abzugsfähig ist, muss die Rechnung daher folgende Angaben enthalten:

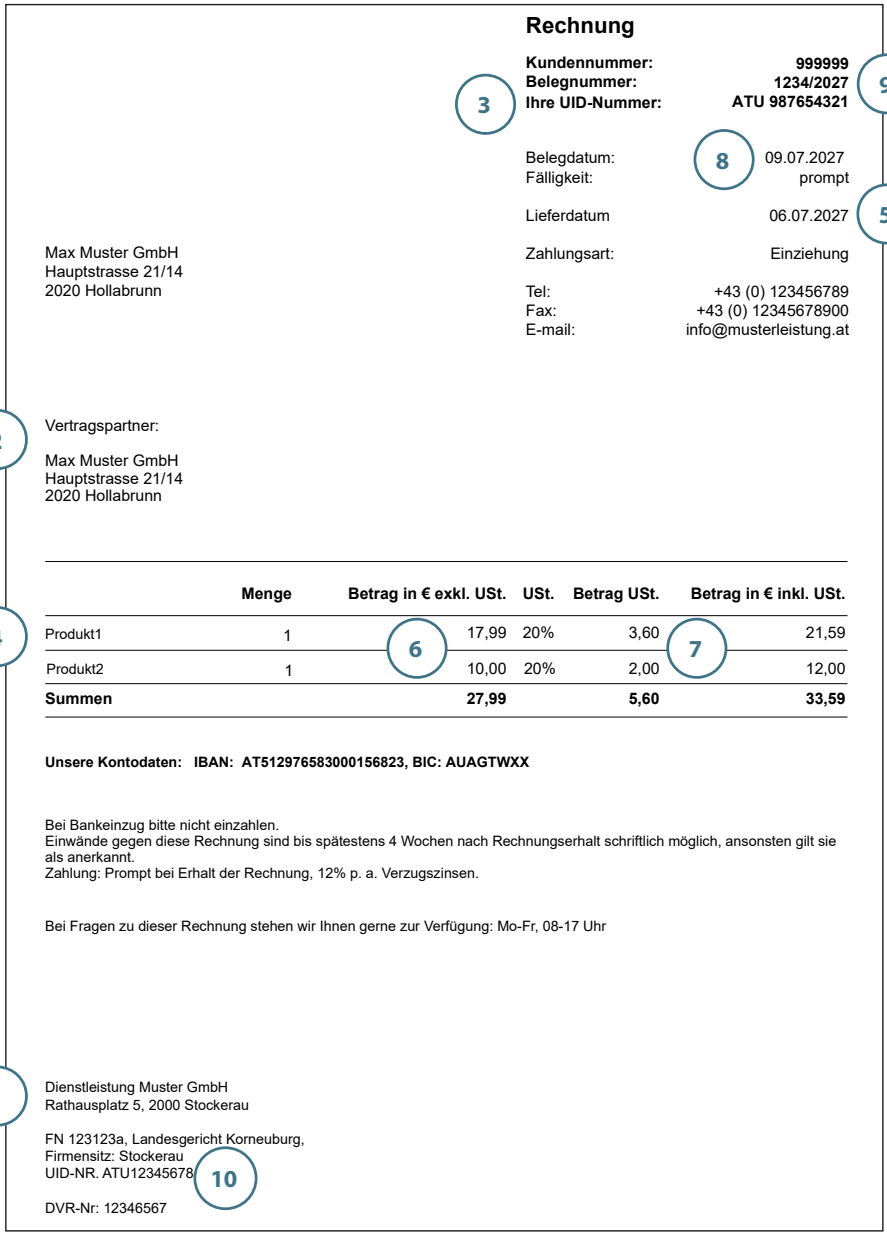
Eingangsrechnung: Rechnungen von Ihren Lieferanten. **Ausgangsrechnung**: Rechnungen an Ihre Kunden (=Leistungsempfänger). Die Ausfertigung der Rechnungen unterliegt bestimmten **Formalerfordernissen**. Nachfolgende Angaben sind beim Rechnungsempfänger Voraussetzung für den Vorsteuerabzug! Eine Rechnung über 400 € (inkl. USt) hat gemäß § 11 UStG folgende Punkte zu beinhalten. Dies gilt seit 2025 auch für Kleinunternehmer (unabhängig vom Rechnungsbetrag):

1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmens.
2. Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung.
3. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag **10.000 € übersteigt**, ist die UID-Nummer des Leistungsempfängers anzugeben, wenn der leistende Unternehmer im Inland einen Wohnsitz/Sitz hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt/eine Betriebsstätte hat UND der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird.
4. Die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung.
5. Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung bzw. den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt.
6. Das Entgelt für die Lieferung/die sonstige Leistung und den anzuwendenden Steuersatz; im Fall einer Steuerbefreiung hat die Rechnung einen Hinweis zu enthalten, dass für diese Lieferung/sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.
7. Den auf das Entgelt entfallenden Umsatzsteuerbetrag in EUR (ggf. Umrechnungskurs mit Kurs des BMF bzw. EZB-Kurs).
8. Das Ausstellungsdatum (bei Bargeschäften genügt der Hinweis: Lieferdatum=Rechnungsdatum; eines der beiden Daten muss jedoch tatsächlich mit dem Hinweis angegeben sein).
9. Fortlaufende Rechnungsnummer.
10. **UID-Nummer** des Unternehmers, sofern er im Inland Lieferungen/sonstige Leistungen erbringt, für die das Recht auf Vorsteuerabzug besteht.

Bei Rechnungen, deren **Gesamtbetrag 400 €** (inkl. USt) **nicht** übersteigt, genügen folgende Angaben:

»» Ausstellungsdatum,
»» Name und Anschrift des liefernden/leistenden Unternehmers,
»»Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände/Art und Umfang der sonstigen Leistung,
»» Tag der Lieferung/der sonstigen Leistung/Zeitraum, über den sich die Leistung erstreckt,
»» Entgelt und der Steuerbetrag,
»» Steuersatz.

Weiters ist darauf zu achten, dass Eingangsrechnungen, die Sie als Unternehmer erhalten, ebenfalls diese Rechnungsbestandteile enthalten. Nur dann berechtigen sie zu einem Vorsteuerabzug. **Fehler-**



Rechnung

Kundennummer: **999999**
Belegnummer: **1234/2027**
Ihre UID-Nummer: **ATU 987654321**

Belegdatum: 09.07.2027
Fälligkeit: prompt

Lieferdatum 06.07.2027

Zahlungsart: Einziehung

Tel: +43 (0) 123456789
Fax: +43 (0) 12345678900
E-mail: info@musterleistung.at

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

Vertragspartner:

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

	Menge	Betrag in € exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in € inkl. USt.
Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59
Produkt2	1	10,00	20%	2,00	12,00
Summen		**27,99**		**5,60**	**33,59**

Unsere Kontodaten: IBAN: AT512976583000156823, BIC: AUAGTWXX

Bei Bankeinzug bitte nicht einzahlen.
Einwände gegen diese Rechnung sind bis spätestens 4 Wochen nach Rechnungserhalt schriftlich möglich, ansonsten gilt sie als anerkannt.
Zahlung: Prompt bei Erhalt der Rechnung, 12% p. a. Verzugszinsen.

Bei Fragen zu dieser Rechnung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: Mo-Fr, 08-17 Uhr

Dienstleistung Muster GmbH
Rathausplatz 5, 2000 Stockerau

FN 123123a, Landesgericht Korneuburg,
Firmensitz: Stockerau
UID-NR. ATU12345678

DVR-Nr: 12346567

hafte Rechnungen bzw. Rechnungen, die den USt-Vorschriften nicht entsprechen, müssen vom Lieferanten **korrigiert** werden.



4 Fokus Arbeitnehmer

4.1 Tagesgelder auch bei eintägiger Reise ohne Nächtigung

Tagesgelder sollen **Verpflegungsmehraufwendungen ausgleichen**, welche im Zuge von **Dienstreisen** (beruflich bedingten Reisen) durch die Unkenntnis über die lokale Gastronomie resultieren – typischerweise stellt sich das Problem in der **Anfangszeit** bei **längeren** beruflich bedingten **Reisen**, welche auch eine **Nächtigung** an dem Ort bedingen. In einem solchen Fall kann ständiger Rechtsprechung des VwGH folgend für ca. **eine Woche Verpflegungsmehraufwand** steuerlich **berücksichtigt** werden. **Strittig** ist hingegen in Judikatur und Literatur schon länger die Frage, ob **Tagesgelder** zwecks Abdeckung des Verpflegungsmehraufwandes **auch bei eintägigen Reisen** – somit bei Reisen **ohne Übernachtung** – **zustehen**.

Das **BFG** (GZ RV/5101570/2019 vom 23.3.2026) hatte sich mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, in dem ein Steuerpflichtiger innerhalb eines Jahres **43 eintägige Reisen** zur **Geschäftsanbahnung** (Akquisition von Neukunden) – jedoch jeweils **ohne Übernachtung** – **unternommen** hatte und im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung entsprechende Tagesgelder als **Werbungskosten** angesetzt hatte. Das **Finanzamt verneinte** jedoch den Werbungskostenabzug für Verpflegungsmehraufwand mit dem Hinweis, dass bei einer bloß **eintägigen Reise ohne Übernachtung** die Unkenntnis über die lokale Gastronomie am neuen Ort durch die Mitnahme von Lebensmitteln oder **frühere** bzw. **spätere Mahlzeiten** ausgeglichen werden könne.

Das BFG beschäftigte sich im Rahmen der Entscheidungsfindung insbesondere mit dem Umstand, dass die **Ablehnung** von Tagesgeldern für bloß eintägige Reisen (ohne Nächtigung) durch das Finanzamt auf Aussagen **früherer VwGH-Erkenntnisse zurückzuführen** war. So hatte der VwGH beispielsweise die Geltendmachung von Tagesgeldern verweigert, da der **Kursort**, zu dem die „Reise" unternommen wurde, sich **in der Nähe der Arbeitsstätte** befunden hatte. Werden nämlich verschiedene berufliche Tätigkeiten im selben Ort im örtlichen Nahebereich ausgeübt, führt dies **nicht zu** steuerlich zu berücksichtigenden **Verpflegungsmehraufwendungen**.
Das **BFG** kam zur **Entscheidung**, dass in Einklang mit dem Gesetzestext und einer gleichheitskon-

formen Auslegung der betreffenden Bestimmungen für **eintägige Reisen** zur Geschäftsanbahnung (eintägige Dienstreisen **ohne Nächtigung**) **Tagesgelder zustehen**, um die Mehraufwendungen für Verpflegung abzudecken. Dies gilt sowohl für den Abzug als Werbungskosten, als auch für die Absetzung von Betriebsausgaben. **Arbeitgebersätze** nach § 26 Abs. 4 EStG sind auch bei einer **eintägigen Dienstreise nicht steuerbar**, sofern die Dienstreise länger als 3 Stunden dauert und der Maximalbetrag nicht überschritten wird – eine **Nächtigung** wird **nicht gefordert**. **Gleiches muss** für den **Werbungskostenabzug** für **Verpflegungsmehraufwendungen** bei beruflich veranlassten **Reisen** gem. § 16 Abs. 1 Z 9 EStG **gelten**, da es ansonsten zu einer sachlich nicht zu rechtfertigenden Differenzierung kommen würde.

Wenngleich es **schon bisher** übliche **Praxis** der **Finanzverwaltung** war (gestützt auf die Lohnsteuerrichtlinien), die steuerliche Absetzung von **Tagesgeldern** für **eintägige Reisen ohne Nächtigung zuzulassen**, so ist dieses BFG-Erkenntnis für die Steuerpflichtigen **erfreulich**. Gerichte wie BFG oder VwGH waren bislang naturgemäß nicht an die (Lohnsteuer)Richtlinien gebunden, wodurch das Risiko bestand, dass zuvor abgesetzte Tagesgelder durch das **BFG** im Rahmen einer Bescheidbeschwerde **nicht anerkannt** werden. Diese BFG-Entscheidung hat somit **positive Signalwirkung**.

4.2 Doppelte Haushaltsführung und Familienwohnsitz – Werbungskosten und Pendlerverordnung

Das **BFG** hatte sich in seiner Entscheidung vom 13. Mai 2025 (GZ RV/7104120/2024) mit der **steuerlichen Anerkennung** einer **doppelten Haushaltsführung** sowie der **Abzugsfähigkeit** von Kosten für **Familienheimfahrten** auseinanderzusetzen. Im Mittelpunkt stand die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein **„Familienwohnsitz"** bzw. ein **„eigener Hausstand"** vorliegt. Grundsätzlich können nach § 20 Abs. 1 Z 1 EStG 1988 die für den **Haushalt** des **Steuerpflichtigen** und für den Unterhalt seiner Familienangehörigen aufgewendeten Beträge bei den einzelnen Einkünften **nicht abgezogen** werden. Hat jedoch der Steuerpflichtige aufgrund der beruflichen Veranlassung zwei Wohnsitze und ist die Verlegung des Familienwohnsitzes an den Ort seiner Beschäftigung nicht zumutbar, können die mit der doppelten Haushaltsführung verbundenen Mehraufwendungen als **Werbungskosten** abgesetzt werden.

Im vorliegenden Fall war der Steuerpflichtige **in Wien berufstätig** und nutzte dort eine **Wohnung** eines **Bekannten** gegen **Kostenbeteiligung**. Seine **Familie** lebte in der **Slowakei** im Haus der **Schwiegereltern**, wo dieser mit Ehefrau und Kind zwei Zimmer bewohnte und sich an den Haushaltskosten beteiligte. Eine **tägliche Rückkehr** in die Slowakei war aufgrund der Entfernung **unzumutbar**. Das BFG bestätigte zunächst, dass die **Kosten für** die **Wohnung** am Beschäftigungsort **Wien** als **Werbungskosten** anzuerkennen sind. Maßgeblich sei, dass die **doppelte Haushaltsführung beruflich veranlasst** ist, da eine Wohnsitzverlegung unzumutbar erscheint. Dies war hier insbesondere aufgrund der familiären Situation gegeben, da es für die **Familie unzumutbar** gewesen wäre, in eine **Zwei-Zimmer-Wohnung in Wien** zu **übersiedeln**, die vom Steuerpflichtigen lediglich mitbenutzt wird. Hervorzuheben ist, dass das Gericht **keine hohen Anforderungen** an die **Unterkunft am Arbeitsort** stellt – bereits ein Untermietzimmer kann ausreichend sein. Von zentraler Bedeutung ist die Klarstellung, dass das **Fehlen** eines klassischen **„eigenen Hausstands"** am Familienwohnsitz in der Slowakei der **Anerkennung** von Kosten der doppelten Haushaltsführung **nicht zwingend entgegensteht**.

Anders beurteilte das BFG jedoch die **Abzugsfähigkeit** der **Familienheimfahrten** und die Geltendmachung des **Pendlerpauschales**. Hier sei die **Definition** des **„eigenen Hausstands“** gemäß § 4 Pendlerverordnung **maßgeblich**. Diese verlangt eine **eigenständige Wohnung**, die den **Lebensbedürfnissen entspricht**. Da im konkreten Fall am Familienwohnsitz in der Slowakei Küche und Sanitärbereiche lediglich mitbenutzt wurden, **verneinte** das **BFG** das **Vorliegen** eines **eigenen Hausstands** i.S.d. **Pendlerverordnung**. Somit konnten weder die **Kosten für** die **Familienheimfahrten** noch das **Pendlerpauschale steuerlich berücksichtigt** werden.



4.3 Arbeiten in der Teilpension

Die seit 1.1.2026 geltende **Teilpension** kann in der Regel bei der **Pensionsversicherungsanstalt** (PVA) als zuständiger Pensionsversicherungsträger **beantragt** werden und führt dazu, dass die **Arbeitszeit reduziert** wird und zugleich ein Teil der **Pension bezogen** werden kann. Technisch ausgedrückt wird ein Teil des Pensionskontos geschlossen und als **Teilpension ausbezahlt**. Der Rest bleibt offen und wird mit Beiträgen und Versicherungsmonaten gespeist. Ziel dabei ist, einen **flexibleren** und **gleitenderen Übergang** von der Erwerbstätigkeit **in** die **Pension** – in Abhängigkeit von der jeweiligen Lebenssituation – zu ermöglichen.

Wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Teilpension ist die **Reduktion** der **Arbeitszeit** um zumindest 25 % und ein entsprechendes **Antrittsalter** in Abhängigkeit von der Art der Pension. Bei der **Alterspension** gilt dies für Frauen ab 61,5 (ansteigend) und für Männer ab 65; bei Schwerarbeitspension ab 60 und bei **Langzeitversichertenpension** und bei **Korridorpension** ab 62 (bei letzterer jedoch aktuell ansteigend auf ab 63). Hingegen kann die Teilpension nicht in Anspruch genommen werden, wenn sowohl eine unselbständige als auch eine **selbständige Erwerbstätigkeit** ausgeübt wird.

Die Teilpension sieht die folgenden **drei Modelle** vor – die entsprechende Arbeitszeitreduktion muss mit dem Arbeitgeber vereinbart werden:

- **25 % Teilpension**: die Arbeitszeit wird um 25 bis 40 % reduziert – dafür bekommt man 25 % der Pensionsleistung (Anteil der Gesamtgutschrift des Pensionskontos) zusätzlich zum reduzierten Gehalt.
- **50 % Teilpension**: die Arbeitszeit wird um 40,01 bis 60 % reduziert – dafür bekommt man 50 % der Pensionsleistung (Anteil der Gesamtgutschrift des Pensionskontos) zusätzlich zum reduzierten Gehalt.
- **75 % Teilpension**: die Arbeitszeit wird um 60,01 bis 75 % reduziert – dafür bekommt man 75 % der Pensionsleistung (Anteil der Gesamtgutschrift des Pensionskontos) zusätzlich zum reduzierten Gehalt.

Wesentlicher Vorteil der Teilpension ist, dass aufgrund **beibehaltener Beschäftigung** die **spätere Pension erhöht** werden kann, da weiterhin in die Pensionsversicherung eingezahlt wird – dabei bleibt das Nettoeinkommen während Teilpension und trotz Stundenreduktion üblicherweise ver-

gleichsweise hoch. Die **Teilpension** kann auch **nach Erreichen** des **Regelpensionsalters** in Anspruch genommen werden, wodurch ein Teil des Pensionskontos weiterhin mit Beiträgen gespeist wird und somit nach Beendigung der Arbeitsleistung zu einem Zuschlag zur Pension führt.

Zu beachten ist, dass etwaige **Zu- oder Abschläge** von der Teilpension jenen gem. **Pensionsreform** entsprechen. Wird die Teilpension also vor Erreichen des Regelpensionsalters in Anspruch genommen, kann es zu Kürzungen kommen – ein Zuschlag kann bei Bezug nach dem Regelpensionsalter erfolgen. **Teilpension** und **Einkommen** (aus der beibehaltenen Beschäftigung) werden **lohnsteuerlich getrennt behandelt**. Zu bedenken ist auch, dass nach erstmaligem Bezug der Teilpension kein Anspruch mehr auf eine Langzeitversichertenpension, Schwerarbeitspension oder Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension besteht.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die **Kombination** aus **Teilpension** und **Altersteilzeit nicht möglich** ist. Hingegen ist die Teilpension kein Hindernisgrund für die Inanspruchnahme des **„Aktivitätsfreibetrags“**.

4.4 Anspruch auf Familienbeihilfe bei geschiedenen Eltern

Das **Bundesfinanzgericht** (GZ RV/7103366/2025 vom 10.02.2026) hatte sich mit der Frage auseinanderzusetzen, welchem Elternteil **nach** einer Scheidung die **Familienbeihilfe zusteht**, wenn sich das **Kind** tatsächlich **überwiegend** im Haushalt eines Elternteils aufhält. Das Erkenntnis bestätigt die bisherige Rechtsprechung, wonach ausschließlich die **tatsächliche Haushaltszugehörigkeit maßgeblich** ist.

Nach der Scheidung der Eltern bezog die **Mutter weiterhin Familienbeihilfe** und Kinderabsetzbeträge für drei Kinder. Die **ältere Tochter** hielt sich jedoch ab Mai 2024 **überwiegend beim Vater** auf. Dieser beantragte daraufhin rückwirkend die Zuerkennung der **Familienbeihilfe**. Das Finanzamt forderte die von der Mutter bezogenen Beträge für den Zeitraum Mai 2024 bis Mai 2025 zurück. Die **Mutter wandte** dagegen **ein**, dass die **Tochter weiterhin** bei ihr **gemeldet** gewesen sei, sie zahlreiche **Unterhaltsleistungen** (Kleidung, Schulsachen, Verpflegung etc.) erbracht habe und gerichtliche Verfahren die **Aufenthaltsfrage** noch **nicht endgültig geklärt** hätten.

Das **BFG** führte aus, dass sich nach § 2 Abs. 2 FLAG der **Anspruch** auf **Familienbeihilfe** primär **nach** der **Haushaltszugehörigkeit** des **Kindes richtet**. Entscheidend ist, bei welchem Elternteil das **Kind tatsächlich** im Rahmen einer **einheitlichen Wirtschaftsführung lebt**. Dabei kommt insbesondere dem regelmäßigen **Nächtigungsort** erhebliche Bedeutung zu. Das Gericht stellte klar, dass weder die polizeiliche Meldung noch Obsorgeregelungen oder gerichtliche Entscheidungen über den zukünftigen Aufenthalt für den Anspruch auf Familienbeihilfe ausschlaggebend sind. **Maßgeblich** ist **ausschließlich** die **tatsächliche Lebenssituation** im jeweiligen **Kalendermonat**. Gehört das Kind innerhalb eines Monats zeitlich nacheinander zwei Haushalten an, gilt das **Überwiegenprinzip**: anspruchsberechtigt ist jener Elternteil, bei dem das Kind **im betreffenden Monat überwiegend gelebt** hat.

Im konkreten Fall stützte das BFG seine Beweiswürdigung insbesondere auf die Stellungnahme einer Hilfsorganisation, gerichtliche Protokolle sowie eine von Vater und Tochter unterfertigte **Aufenthaltsaufstellung**. Den von der Mutter vorgelegten Aufzeichnungen wurde aufgrund ihrer Widersprüch-

lichkeit geringere Beweiskraft beigemessen. Im Urteil konnte nur für den Monat September 2024 festgestellt werden, dass sich die Tochter überwiegend bei der Mutter aufgehalten hatte. Für die **übrigen Monate** im gegenständlichen Zeitraum wurde die **Familienbeihilfe** dem **Vater zugesprochen**.

4.5 Keine Steuerpflicht in Österreich bei mehrjähriger Auslandsentsendung

Ein Steuerpflichtiger war jahrelang am **Hauptwohnsitz** seiner Eltern in **Österreich** (Mietwohnung) gemeldet und verfügte dort zumindest vor seiner Auslandsentsendung über ein **eigenes Zimmer**. Von seinem Arbeitgeber wurde er im Zeitraum von Oktober **2011 bis** Ende Juni **20215** ins **Ausland entsendet** – tatsächlich war die Entsendung sogar bis Ende September 2017 geplant gewesen.

Für die Dauer der Entsendung erzielte der Steuerpflichtige **Einkünfte aus unselbständiger Arbeit** im **Ausland** und begründete einen Wohnsitz im Ausland. Dennoch war das österreichische **Finanzamt** der Ansicht, dass ungeachtet der Übersiedlung ins Ausland der **Wohnsitz** (bei seinen Eltern) **in Österreich aufrechterhalten** worden war und auch der **Mittelpunkt der Lebensinteressen nicht** ins Ausland **verlagert** wurde. Selbst wenn während seiner Abwesenheit seine Schwester die Wohnung nutzte und er selbst im Rahmen allfälliger Österreichbesuche nur ein Mitbenutzungsrecht an der Wohnung hatte.

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7105019/2019 vom 15.9.2025) mit der Frage zu beschäftigen, ob im vorliegenden Fall ein **Wohnsitz in Österreich** – konkret in der von den Eltern gemieteten Wohnung – gegeben ist, der die (unbeschränkte) **Steuerpflicht** in **Österreich** für den im Ausland arbeitenden Sohn begründet. Um die abkommensrechtliche Ansässigkeit bei unbeschränkter Steuerpflicht in mehreren Ländern ging es vorerst nicht.

Früherer UFS/BFG-Rechtsprechung folgend müssen Räumlichkeiten, damit sie als **Wohnung geeignet** sind, so ausgestattet sein, dass sie es erlauben, sich nicht nur ganz kurzfristig dort aufzuhalten. Dabei muss die Möglichkeit zum **Schlafen**, zur **Körperpflege**, zur Zubereitung von Essen und zur **Aufbewahrung persönlicher Gegenstände** gewährleistet sein. Wenngleich es dem Steuerpflichtigen immer möglich war, während eines Heimatbesuchs vorübergehend in der elterlichen Wohnung zu übernachten, kam das **BFG** aus mehreren Gründen zur **Entscheidung**, dass **kein steuerlicher Wohnsitz** für ihn in Österreich vorlag.

Eine **Mitbenützungsmöglichkeit** von Bad, Küche, WC, Wohnzimmer usw. in der elterlichen Wohnung **genügt nicht für** die **Annahme** einer **Wohnung** als einem Ort, wo üblicherweise eine **autonome Lebensführung** möglich ist. Schließlich lasse sich ohne eigenes Bad oder Kochgelegenheit ein Zimmer nicht als Wohnung nutzen. Außerdem **mangelte** es an der **rechtlichen** und **tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit** über die Wohnung und damit an der Innehabung einer Wohnung – nur durch Überlassen eines Zimmers zur gelegentlichen Übernachtung wird dies nicht begründet. Nicht zuletzt **widerspricht** es dem BFG folgend jeglicher **Lebenserfahrung**, angesichts der Dauer der **Auslandstätigkeit von mehr als drei Jahren** von einer **Aufrechterhaltung** des **Wohnsitzes** in der Mietwohnung der Eltern auszugehen. Im Endeffekt waren **weder Wohnsitz noch gewöhnlicher Aufenthalt** im strittigen Zeitraum in **Österreich** gegeben, wodurch weder unbeschränkte noch beschränkte **Steuerpflicht** für die ausländischen Einkünfte vorlagen.



5 Fokus Immobilien

5.1 EuGH-Rechtsprechung entschärft Grunderwerbsteuer

Der **EuGH** hatte in seinem Urteil zur Rechtssache „**Nova Iberomoldes**“ (C-837/24) Anfang Juni 2026 entschieden, dass die Erhebung der **portugiesischen Grunderwerbsteuer** bei bestimmten Anteilsübertragungen an grundstücksbesitzenden Gesellschaften mit der **Kapitalansammlungsrichtlinie** (RL 2008/7/EG) **nicht vereinbar** ist und die **Besteuerung** somit **unionsrechtswidrig** ist. Das **BMF** hat auf diese EuGH-Entscheidung, die aufgrund ähnlicher Rechtslage bei der **österreichischen Grunderwerbsteuer** bedeutsame Auswirkungen hat, reagiert und Ende Juli eine **Information** veröffentlicht.

Die **Kapitalansammlungsrichtlinie** hat zum Ziel, **Kapitalzuführungen** und **Umstrukturierungen** innerhalb der EU weitgehend **von indirekten Steuern freizustellen** (wie z.B. die Grunderwerbsteuer) und damit die **Kapitalverkehrsfreiheit** zu gewährleisten. In Österreich gelten entsprechend der BMF-Info als **Kapitalgesellschaften** i.S.d. Kapitalansammlungsrichtlinie jedenfalls die **AG, GmbH** und die **SE**. Bestimmte Erwerbsvorgänge nach § 1 Abs. 3 GrEStG gelten als **begünstigte Umstrukturierungen** i.S.d. Kapitalansammlungsrichtlinie – insbesondere dann, wenn im Rahmen einer Einbringung, Spaltung, Verschmelzung oder vergleichbaren Strukturmaßnahme **Anteile** an einer **grundstücksbesitzenden Gesellschaft** auf eine andere Kapitalgesellschaft **übertragen** werden und als Gegenleistung **Gesellschaftsrechte** an der übernehmenden Gesellschaft gewährt werden.

Konkret umfasst sind laut BMF-Info davon:

- schlichte **Einlage** eines **Kapitalanteils** an einer grundstücksbesitzenden Gesellschaft außerhalb des UmgrStG;
- (Downstream- und Sidestream-)**Einbringung** eines Kapitalanteils an einer grundstücksbesitzenden Gesellschaft oder eines (Teil-)Betriebes mit einem Kapitalanteil an einer grundstücksbesitzenden Gesellschaft;
- (Downstream- und Sidestream-)**Spaltung** eines Kapitalanteils an einer grundstücksbesitzenden

Gesellschaft oder eines (Teil-)Betriebes mit einem Kapitalanteil an einer grundstücksbesitzenden Gesellschaft;
» (Sidestream-)**Verschmelzung**, bei der sich im Vermögen der übertragenden Gesellschaft ein Kapitalanteil an einer grundstücksbesitzenden Gesellschaft befindet;
» Entsprechende **„diagonale" Vorgänge** (z.B. Einbringung/Spaltung eines Kapitalanteils an einer grundstücksbesitzenden Gesellschaft in einem Konzern zwischen unterschiedlichen Beteiligungssträngen auf unterschiedlicher Ebene wie auf Tanten/Nichten-Gesellschaften).

Das BMF geht davon aus, dass im Regelfall bei Verwirklichung des Anteilsvereinigungstatbestands die Mehrheit der Stimmrechte übertragen bzw. erreicht werden wird, sodass diese Fälle unter die **Kapitalansammlungsrichtlinie** fallen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob neue Anteile gewährt werden, die Abfindung mit bereits bestehenden Anteilen der bisherigen Gesellschafter erfolgt oder ob das **Umgründungssteuergesetz** zur Anwendung kommt (oder nicht).

Die **BMF-Info** betont, dass das vorliegende **EuGH-Urteil** bzw. die **Kapitalansammlungsrichtlinie** aufgrund des Anwendungsvorrangs europäischen Rechts **unmittelbar anzuwenden** sind. Liegen die oben dargestellten Sachverhalte vor (nach der Rechtsprechung des EuGH sind dies Umstrukturierungen i.S.d. Kapitalansammlungsrichtlinie), haben die **Finanzämter** davon auszugehen, dass **keine GrESt-Pflicht in Österreich** besteht. Folglich kann bei eindeutiger Erfüllung der obigen Voraussetzungen eine **Selbstberechnung** der GrESt oder **Abgabenerklärung unterbleiben**. Laut BMF-Info ist jedoch bei anderen Vorgängen oder anderen Gesellschaftsformen die Rechtslage **noch nicht ausreichend geklärt**, weshalb **weiterhin GrESt** abzuführen ist. Überdies sind die Möglichkeiten zur Verfahrensöffnung zu beachten (hierbei ist die Jahresfrist des § 299 BAO zu beachten), wodurch sogar in einigen bereits vor dem EuGH-Urteil ergangenen Fällen unter Umständen die schon entrichtete **Grunderwerbsteuer zurückgeholt** werden kann.

Zu diesem Thema passend hat der **VwGH** Anfang September ein **Vorabentscheidungsersuchen** an den **EuGH** gestellt in Hinblick auf die Vereinbarkeit der österreichischen **Grunderwerbsteuer** mit der **Kapitalansammlungsrichtlinie**. Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft zwar die Rechtslage vor dem Budgetbegleitgesetz 2025 (d.h. vor Absenken der Beteiligungsschwelle auf 75 %, mittelbare Anteilsvereinigungen usw.), könnte jedoch für die aktuelle Besteuerung (**Grunderwerbsteuer**) von **Anteilsvereinigungen** und **Anwachsungen** bedeutsam sein.

5.2 Umsatzsteuerrisiko bei Abrechnung von Mieten durch Hausverwaltungen



In der Praxis werden **Mietentgelte** häufig nicht unmittelbar vom Vermieter, sondern durch eine **Hausverwaltung vorgeschrieben** und **eingehoben**. **Umsatzsteuerlich** birgt diese Vorgehensweise jedoch **Risiken**. Fehler bei der Rechnungsausstellung können dazu führen, dass die **Hausverwaltung** selbst zum **Steuerschuldner** wird oder der **Mieter** seinen **Vorsteuerabzug verliert**.

Nach § 11 UStG kann eine Rechnung (siehe dazu auch den Beitrag zu den Rechnungsmerkmalen in der Umsatzsteuer) auch von einem Dritten im Namen und auf Rechnung des leistenden Unternehmers ausgestellt werden. Für **Hausverwaltungen** bedeutet dies, dass sie **Mietvorschreibungen** oder Mietrechnungen mit umsatzsteuerlicher Wirkung **für** den **Vermieter ausstellen** können. Voraussetzung ist allerdings, dass sie hierzu **bevollmächtigt** sind. Eine fehlende Bevollmächtigung kann zwar nachträglich genehmigt werden, dennoch sollte diese aus Beweisgründen klar dokumentiert sein.

Die bloße Ausstellung eines Dokuments durch die Hausverwaltung macht diese noch nicht zum Leistenden. Entscheidend ist vielmehr, dass aus der Rechnung **eindeutig** hervorgeht, dass die **Vermietungsleistung** dem **Vermieter zuzurechnen** ist.

Nach Verwaltungspraxis und Literatur müssen daher insbesondere zwei **Voraussetzungen** erfüllt sein:

1. Die Hausverwaltung ist zur Rechnungsausstellung im fremden Namen bevollmächtigt.
2. Aus der Rechnung ist klar ersichtlich, welche Leistungen dem Vermieter und welche gegebenenfalls der Hausverwaltung selbst zuzurechnen sind.

Werden diese Voraussetzungen eingehalten, **schuldet** die **Umsatzsteuer** auf die Vermietungsleistung nicht die Hausverwaltung, sondern der **Vermieter** (die Umsatzsteuerschuld bleibt beim Vermieter). Die **Hausverwaltung** schuldet lediglich die Umsatzsteuer für ihre **eigene Verwaltungsleistung**. In der Praxis empfiehlt es sich daher, den Vermieter als leistenden Unternehmer deutlich anzuführen und die **Hausverwaltung ausdrücklich** als **Vertreter** oder **bevollmächtigten Rechnungsaussteller** zu bezeichnen.

Probleme entstehen insbesondere dann, wenn die Hausverwaltung in der Rechnung nach außen als Leistungserbringer erscheint. Wird nicht ausreichend deutlich gemacht, dass die **Mietleistung** vom **Eigentümer** bzw. **Vermieter erbracht** wird, kann die **Finanzverwaltung** die Rechnung dahingehend interpretieren, dass die **Hausverwaltung selbst abrechnet**. Damit droht nicht nur ein Risiko hinsichtlich der **Steuerschuld kraft Rechnungslegung**, sondern auch eine **Zuordnungsproblematik** bei den abgerechneten Leistungen. Besonders heikel sind **Sammeldokumente**, in denen Mietentgelte und Verwaltungsentgelte gemeinsam ausgewiesen werden, ohne die jeweiligen Leistungserbringer klar zu unterscheiden.

Auch für den **Mieter** hat die ordnungsgemäße Gestaltung der Rechnung erhebliche Bedeutung. Der **Vorsteuerabzug** setzt voraus, dass eine ordnungsgemäße Rechnung des tatsächlich leistenden Unternehmers vorliegt. Wird die Rechnung von einer bevollmächtigten Hausverwaltung im Namen des Vermieters ausgestellt und ist die Zurechnung der Leistung eindeutig, steht dem Vorsteuerabzug grundsätzlich nichts entgegen. Der **Rechnungsempfänger** kann sowohl die **Vorsteuer** aus der Vermietungsleistung als auch jene aus allfälligen gesondert ausgewiesenen Leistungen der Hausverwaltung geltend machen. Ist hingegen unklar, wer die Leistung erbracht hat oder **fehlen** zwingend vorgegebene **Rechnungsmerkmale** wie z.B. Name und Anschrift des Vermieters, drohen Diskussionen über die **Ordnungsmäßigkeit der Rechnung** und damit über den **Vorsteuerabzug**.

5.3 Hauptwohnsitzbefreiung bei Veräußerungsverlust

Eine in der Praxis sehr wesentliche **Steuerbefreiung** ist die sogenannte **Hauptwohnsitzbefreiung**: Bei einer **Veräußerung von Eigenheimen** (Wohnhaus mit nicht mehr als zwei Wohnungen) oder Eigentumswohnungen, die **bisher** als **Hauptwohnsitz** gedient haben, bleibt der **Veräußerungserlös** grundsätzlich **steuerfrei**. Die dahinterstehende Überlegung ist, dass der Erlös ungeschmälert für den Kauf eines neuen Hauptwohnsitzes zur Verfügung stehen soll. Im Detail sind die Regelungen der Hauptwohnsitzbefreiung komplex, weshalb diese Bestimmung regelmäßig Gegenstand steuerlicher Judikatur ist. Im einem vor dem **BFG** geführten Verfahren (GZ RV/6100029/2018 vom 3.11.2025) ging es um mehrere unterschiedliche Fragestellungen. Zunächst bestätigte das BFG die (höchstgerichtliche) Judikatur, dass die **Steuerbefreiung nur** bis zu einer Größe des **Grund und Bodens** von **1.000 m²** anzuwenden ist.

Bis 1.000 m² bildet der Grund und Boden mit dem Gebäude ein **einheitliches Wirtschaftsgut** (Wirtschaftsgut 1), während der über 1.000 m² **hinausgehende Grundstücksteil** ein **separates Wirtschaftsgut** (Wirtschaftsgut 2) darstellt. Diese Sichtweise führt dazu, dass der **Veräußerungspreis** auf diese zwei Wirtschaftsgüter **aufzuteilen** ist. Im Anlassfall lag die **Grundstücksfläche** bei **rund 1.400 m²**. Die vom **Finanzamt** vorgenommene **Aufteilung des Verkaufspreises** führte dazu, dass für das **Wirtschaftsgut 1** (1.000 m² Grund und Boden inklusive Gebäude) – wohl aufgrund recht hoher Errichtungskosten für das Gebäude — ein **Verlust** entstanden ist, während für das **Wirtschaftsgut 2** (400 m² Grund und Boden) aufgrund Wertsteigerungen der Bodenwerte ein **Gewinn ermittelt** wurde. Obwohl in einer **Gesamtbetrachtung** ein **Verlust entstanden** ist, wurde **vom Finanzamt** für den Gewinn aus der über die Befreiung hinausgehenden Grundstücksveräußerung **Steuer vorgeschrieben**, während der **Verlust** aus den ersten 1.000 m² (inklusive Gebäude) als **steuerfrei** aufgrund der Hauptwohnsitzbefreiung **behandelt** wurde (und damit „ins Leere" ging).

Da die **Hauptwohnsitzbefreiung** nach dem **Gesetzeswortlaut** auch **negative Einkünfte umfasst**, ist die **Verlustverwertung** bei **enger Gesetzesauslegung ausgeschlossen**. Laut BFG ist jedoch die Bestimmung im Wege einer teleologischen Reduktion im konkreten Fall nicht anzuwenden und eine **Verrechnung** der **negativen Einkünfte** aus Wirtschaftsgut 1 (Grund und Boden bis 1.000 m² samt darauf errichtetem Gebäude) **mit** den **positiven Einkünften** aus Wirtschaftsgut 2 (restlicher Grund und Boden im Ausmaß von 400 m²) **zuzulassen**. Eine mangelnde Verlustausgleichsmöglichkeit führt nämlich dazu, dass der Hauptwohnsitzverkäufer, der sich ohnehin bereits insgesamt in einer Verlustsituation befindet, auch noch dadurch benachteiligt wird, dass er **Einkommensteuer** für die **nicht ausgleichsfähigen Gewinne** zu entrichten hätte. Dieses **Ergebnis** lässt sich nach **Ansicht des BFG nicht** mit dem **Begünstigungszweck** der **Hauptwohnsitzbefreiung in Einklang bringen**. Da das Finanzamt Revision eingebracht hat, bleibt die finale Beurteilung durch die Höchstgerichte abzuwarten.

5.4 Hauptwohnsitzbefreiung – Verfügungsgewalt muss laut BFG in zeitlichem Zusammenhang mit dem Kaufvertrag stehen

Eine Ausnahme von der bei **privaten Grundstücksveräußerungen** regelmäßig anfallenden **Immobilienertragsteuer** (ImmoESt) liegt dann vor, wenn die Voraussetzungen für die **Hauptwohnsitzbefreiung** erfüllt sind. Einerseits sind die Einkünfte aus der Veräußerung von Eigenheimen oder Eigen-

tumswohnungen samt Grund und Boden (bis zu 1000 m2) von der Besteuerung ausgenommen, wenn sie dem Veräußerer **ab** der **Anschaffung** oder **Herstellung bis** zur **Veräußerung** für **mindestens zwei Jahre durchgehend** als **Hauptwohnsitz gedient** haben. Andererseits greift die Hauptwohnsitzbefreiung, wenn die Immobilie **innerhalb** der l**etzten 10 Jahre** vor der Veräußerung **mindestens 5 Jahre durchgehend** als **Hauptwohnsitz** gedient hat und der **Hauptwohnsitz aufgegeben** wird.

Das **BFG** (GZ RV/6100356/2024 vom 20.2.2026) hatte sich mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, in dem ein Steuerpflichtiger mit Kaufvertrag von **April 2013** (Grundbucheintragung im November 2013, wodurch zivilrechtliches Eigentum erworben wurde) eine **Liegenschaft erworben** hatte, wobei der **Verkäuferin** vertraglich ein rund **10jähriges Wohnungsgebrauchsrecht** eingeräumt worden war. Tatsächlich nutzte die Verkäuferin die Wohnung nur bis Jänner 2016, sodass der Steuerpflichtige mit seiner Familie die Liegenschaft ab **Ende Jänner 2016** als **Hauptwohnsitz nutzen** konnte. Im **August 2020** wurde die **Liegenschaft** um einen deutlich höheren Preis **verkauft** – der Steuerpflichtige gab seinen Hauptwohnsitz auf und wollte die Hauptwohnsitzbefreiung geltend machen. Dieses Ansinnen wurde jedoch vom **Finanzamt** abgelehnt und stattdessen der Veräußerungsvorgang dem besonderen **Steuersatz** (ImmoESt) von **30 % unterworfen**.

Bei der Frage, ob die **Hauptwohnsitzbefreiung** zur Anwendung kommt – die Variante der **fünfjährigen Nutzung** innerhalb der letzten 10 Jahre vor Veräußerung war **keinesfalls erfüllt** – setzte sich das BFG insbesondere mit dem Begriff der **Anschaffung einer Immobilie** auseinander. Dabei ist grundsätzlich auf den Zeitpunkt des **Abschlusses** des **zivilrechtlichen Verpflichtungsgeschäfts** abzustellen (April 2013), wobei typischerweise und wie auch im vorliegenden Fall der Übergang des **zivilrechtlichen und** des **wirtschaftlichen Eigentums zusammenfällt**. Mit dem wirtschaftlichen Eigentum ist insbesondere die Chance von Wertsteigerungen und das Risiko von Wertminderungen verbunden – trotz des Wohngebrauchsrechtes der Verkäuferin war das **wirtschaftliche Eigentum** an der Immobilie dem **Käufer zuzurechnen**.

Für die Geltendmachung der **Hauptwohnsitzbefreiung** muss der **Hauptwohnsitz** grundsätzlich **bei Anschaffung** des (bewohnbaren) Eigenheims **begründet** werden – selbst bei einem nicht starr zu interpretierenden **Toleranzzeitraum** von 12 Monaten der Rechtsprechung kann bei Nutzung als **Hauptwohnsitz ab Jänner 2016** dem BFG folgend die **Befreiung nicht** in Anspruch genommen werden, **da** der **Hauptwohnsitz** erst **nach fast drei Jahren begründet** wurde (und folglich **nicht** ab Anschaffung bzw. Herstellung des Eigenheims).

Überdies wurde auch das von dem Steuerpflichtigen ins Treffen geführte Argument, dass für die Hauptwohnsitzbefreiung auf den **Zeitpunkt**, ab dem das **Grundstück tatsächlich nutzbar** ist, abzustellen ist, genauer analysiert. Das BFG kam dahingehend zum Ergebnis, dass bei Abstellen auf die **tatsächliche Verfügungsgewalt** die Hauptwohnsitzbefreiung prinzipiell auch dann angewendet werden könne, wenn der Hauptwohnsitz **erst nach Abschluss des Kaufvertrags begründet** wird. Allerdings muss dann ein **angemessener zeitlicher Zusammenhang** zwischen dem **Anschaffungszeitpunkt** und dem **Abschluss** des **Verpflichtungsgeschäfts** vorliegen – in der Literatur ist dabei von einem Zeitraum von rund 6 Monaten auszugehen. Der zeitliche Zusammenhang ist dem BFG folgend darauf zurückzuführen, dass es **nicht Sinn und Zweck** der **Hauptwohnsitzbefreiung** ist, (signifikante) **Wertsteigerungen** von Immobilien zu **befreien**, die auf **Zeiträume außerhalb der Nutzung als Hauptwohnsitz** entfallen. Dies trifft auch auf den vorliegenden Fall zu, in dem der **Einzug** erst rund **drei Jahre nach Vertragsabschluss** erfolgte und somit ein für die Hauptwohnsitzbefreiung **unange-**

messen langer Zeitraum zwischen Kaufvertragsabschluss und tatsächlicher Übergabe der Immobilie bestand.

Die andere Ausprägung der Hauptwohnsitzbefreiung (5 Jahre Hauptwohnsitz innerhalb der letzten 10 Jahre) begünstigt hingegen Konstellationen, in welchen die Verfügungsgewalt erst weit nach Anschaffung des Objekts eintritt. Da die **Voraussetzungen** hierfür jedoch **ebenso wenig vorlagen**, **verneinte** das Gericht die beantragte **Hauptwohnsitzbefreiung**.

5.5 Außergewöhnliche Belastung bei Sanierung bzw. Abbruch eines Wohngebäudes



Eine Kostenbelastung kann steuerlich eine **außergewöhnliche Belastung** darstellen, wenn sie **außergewöhnlich** ist, **zwangläufig** erwachsen ist und die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigt. Eine Belastung ist dann außergewöhnlich, soweit sie höher ist als jene, die der Mehrzahl der Steuerpflichtigen gleicher Einkommens- und Vermögensverhältnisse erwächst.

Der **VwGH** hatte sich (GZ Ro 2023/15/0027 vom 28.5.2026) mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, bei dem die Kosten für die **Sanierung** eines **Wohngebäudes** wegen Befalls mit dem **„Echten Hausschwamm"** als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden sollten. Beim „Echten Hausschwamm" handelt es sich um einen holzzerstörenden **Pilz** (befallen ist bevorzugt verbautes Holz), der Hauptverursacher für Schäden durch Schwammbefall in Gebäuden ist. Während das **Finanzamt** die Geltendmachung als außergewöhnliche Belastung **verneinte**, folgte das **Bundesfinanzgericht** der Ansicht des Steuerpflichtigen insoweit als die **Sanierung** des Gebäudes **alternativlos** gewesen sei, da andernfalls das Gebäude aufgrund des sich ausbreitenden Pilzbefalls abgerissen hätte werden müssen.

Der **VwGH** setzte sich im Rahmen seiner Entscheidungsfindung detailliert mit dem Kriterium der **Außergewöhnlichkeit** einer **Belastung** auseinander. In einer früheren Entscheidung wurden **Mietkosten** eines **Wohnungseigentümers**, dessen von ihm **selbst bewohnte Wohnung** wegen **Einsturzgefahr** unbenützbar wurde, als **außergewöhnliche Belastung anerkannt**, da die Mehrzahl der Steuerpflichtigen (mit gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen), die ihre Eigentumswohnung selbst bewohnt, nicht wegen Einsturzgefahr dieser Wohnung eine Ersatzwohnung mieten muss. Die im **konkreten Fall** vorliegenden Kosten zur Wiederherstellung der Bewohnbarkeit seines Hauses durch Beseitigung des Pilzbefalls sind **vergleichbar**.

Zwangsläufigkeit einer Belastung ist bei zerstörten Wirtschaftsgütern des **Privatvermögens** nur dann gegeben, wenn dem Steuerpflichtigen die **weitere Lebensführung** ohne Wiederbeschaffung

dieses zerstörten Wirtschaftsgutes **nicht zuzumuten** ist – in Hinblick auf frühere Rechtsprechung könnte dies etwa bei der **Zerstörung der Wohnungseinrichtung** durch **Brand** anzunehmen sein. Der Hauseigentümer im vorliegenden Fall hätte durch weiteres Bewohnen der pilzbefallenen Wohnung seine wie auch die **Gesundheit** seiner Familie **gefährdet**, weshalb er sich **aus tatsächlichen Gründen** der Sanierung (seiner einzigen Wohnmöglichkeit) nicht entziehen konnte und somit das Merkmal der **Zwangsläufigkeit** erfüllt war.

Bei der Höhe der **Sanierungskosten**, welche als **außergewöhnliche Belastung** abgesetzt werden können, ist dem VwGH folgend jedoch auch die mit der Sanierung zugeflossene **Werterhöhung** zu berücksichtigen. Als außergewöhnliche Belastung sind nämlich nur **vermögenmindernde Ausgaben** als solche zu verstehen, die mit einem endgültigen Verbrauch, Verschleiß oder sonstigen Wertverzehr verknüpft sind. Hingegen sind Ausgaben für den **Erwerb eines Wirtschaftsguts** regelmäßig nicht als außergewöhnliche Belastung ansetzbar, da eine **Vermögensumschichtung** und keine Vermögensminderung eingetreten ist. Dem Grundsatz **„Neu für Alt"** folgend muss daher auch jener **Vorteil angerechnet** werden, der darin besteht, dass man nunmehr über eine Sache verfügt, die entsprechend **länger genutzt** werden kann. Konkret erkannt der VwGH die Kosten als außergewöhnliche Belastung an – die sich durch die **längere Nutzungsdauer** der erneuerten Heizungsanlagen, Fußbodenbeläge, Fliesen, Fenster, Türen usw. ergebende **Wertdifferenz** ist dabei jedoch mitzubeachten und von den als außergewöhnliche Belastung angesetzten Kosten **in Abzug** zu bringen.

In einem anderen Fall wollte eine Steuerpflichtige **Abbruchkosten** für ein **Gebäude** als **außergewöhnliche Belastung** steuerlich geltend machen. Das Gebäude war das ehemalige Elternhaus, das nach dem Tod des Vaters wegen umfassender **Asbestbelastung** abgerissen wurde. Sie begründete ihren Antrag damit, dass sie das Haus ursprünglich sanieren und vermieten wollte, was aufgrund der Gesundheitsgefährdung durch Asbest unmöglich geworden war. Das Finanzamt verneinte das Ansinnen, da die hierfür angefallenen **Kosten bereits** früher bezahlt worden seien und daher im gegenständlichen Jahr nicht mehr abgezogen werden könnten.

Das **BFG** (GZ RV/7103068/2024 vom 15.9.2025) führte in diesem Zusammenhang aus, dass die Steuerpflichtige bereits seit längerer Zeit in einem neu errichteten Wohnhaus auf demselben Grundstück lebte und das **alte** (asbestverseuchte) **Gebäude** seit dem Tod des Vaters **leer stand**. Eine **zwingende Notwendigkeit** für den **Abbruch** habe daher **nicht bestanden**, da keine akute Gesundheitsgefährdung vorlag und das Gebäude nicht als Wohnsitz genutzt wurde. Die behauptete Vermietungsabsicht konnte nicht überzeugend nachgewiesen werden.

Die Zwangsläufigkeit als Voraussetzung für die steuerlich außergewöhnliche Belastung ist dabei nach den Umständen des Einzelfalls zu beurteilen. Der Abgabepflichtige darf sich dem Aufwand aus tatsächlichen, rechtlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen können. **Keine außergewöhnliche Belastung** sind daher Aufwendungen, die auf Tatsachen zurückzuführen sind, die vom Abgabepflichtigen **vorsätzlich** oder **grob fahrlässig herbeigeführt** wurden. Darunter fallen auch Aufwendungen, die die Folge der Abgabe einer unbedingten Erbserklärung oder der Annahme einer Schenkung sind. Da das **Gebäude** zum Zeitpunkt des Abbruchs **leer stand**, ging das BFG davon aus, dass es **freiwillig abgerissen** wurde, da der unmittelbare Wohnbedarf mit dem Nebengebäude gedeckt war und somit keine unmittelbare Gesundheitsgefährdung vorlag. In Hinblick auf die **geplante**, nun nicht mehr mögliche **Vermietung**, sei ein übernommenes **Unternehmerwagnis** zu erkennen, wodurch die Abzugsfähigkeit als außergewöhnliche Belastung ausgeschlossen ist.

Schließlich **verneinte** das **BFG** die **Geltendmachung** als außergewöhnliche Belastung auch mit dem **Abflussprinzip**, wonach Kosten nur in jenem Jahr geltend gemacht werden können, in dem sie tatsächlich bezahlt wurden. Da sämtliche Abbruchkosten schon **vor** dem **Veranlagungsjahr** bezahlt wurden, war ein steuerlicher Abzug als außergewöhnliche Belastung bereits aus diesem Grund ausgeschlossen.



6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze

6.1 Sozialversicherungswerte 2027

Unter Berücksichtigung der Aufwertungszahl von **1,046** betragen die Sozialversicherungswerte für 2027 **voraussichtlich** (in €):

	2027	2026
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	551,10	551,10
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe (DGA) monatlich	826,65	826,65
Höchstbeitragsgrundlage täglich	247,00	231,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (laufender Bezug)	7.410,00	6.930,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie Dienstnehmer)	14.820,00	13.860,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	8.645,00	8.085,00

Die monatliche Geringfügigkeitsgrenze bleibt aufgrund des **Budgetbegleitgesetzes 2027-2028** zum Vorjahr unverändert. Zusätzlich zur laufenden Aufwertung wird die Höchstbeitragsgrundlage außertourlich um 5 € pro SV-Tag angehoben. Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.

6.2 Größenklassen für Kapitalgesellschaften und Änderungen bei Offenlegungsvorschriften

Die Einteilung in die jeweilige **Größenklasse** für **Kapitalgesellschaften** (Kleinstkapitalgesellschaft, Kleine, Mittelgroße und Große Kapitalgesellschaft laut **UGB**) hängt von den Kriterien **Bilanzsumme**, **Umsatzerlöse** und **durchschnittliche Arbeitnehmeranzahl** ab. Die Größenklassenkriterien entscheiden darüber, welche Unternehmen **verpflichtet** sind, ihre **Jahresabschlüsse prüfen** zu lassen, welche nur einen **verkürzten Jahresabschluss** beim Firmenbuchgericht offenlegen müssen oder auch darüber, ob es zu einer **verpflichtenden Konzernabschlussprüfung** für große Gruppen kommt. Auch für die **Berichtspflichten** nach der **CSRD** („nicht finanzielle Berichterstattung") ist die Größenklasse von Relevanz.

Im Zuge eines delegierten Rechtsakts der **EU-Kommission** wurden mit **1. Jänner 2024** die Größenmerkmale **Bilanzsumme** und **Umsatz** um **je 25 % angehoben** – die Umsetzung ins österreichische UGB erfolgte durch das BMJ mittels Verordnung. Die **Erhöhung** der **Schwellenwerte** trägt zu **Erleichterungen für österreichische Unternehmen** in Hinblick auf Prüfungs- und Berichtspflichten bei.

Die **Schwellenwerte** für die Einordnung in die verschiedenen Größenklassen sind seit dem Geschäftsjahr 2024 wie folgt.

Kapitalgesellschaft	Bilanzsumme (€)	Umsatzerlöse (€)	Arbeitnehmer
Micros	< 450.000	< 900.000	10
Klein	bis 6.250.000	bis 12.500.000	bis 50
Mittelgroß	bis 25.000.000	bis 50.000.000	bis 250
Groß	> 25.000.000	> 50.000.000	> 250

Entscheidend für die Zuordnung zu einer Größenklasse ist, dass **zwei der drei Merkmale** an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschritten bzw. nicht mehr überschritten wurden.

Zu beachten ist, dass Aktiengesellschaften, die Mutterunternehmen sind („**Holding-AGs**") die Schwellenwerte für den Einzelabschluss seit dem Jahr 2016 auf Basis von **konsolidierten oder aggregierten Werten** zu berechnen haben. Bei Um- und Neugründungen treten die Rechtsfolgen der Größenklasse bereits am ersten Abschlussstichtag nach der Um- oder Neugründung ein.

In Bezug auf die **Offenlegungsverpflichtungen** ist es durch das **Nachhaltigkeitsberichtsgesetz** (NaBeG) zu folgenden Änderungen gekommen:

Anzugeben ist bei der Offenlegung, ob eine **Konzernrechnungslegungspflicht** besteht,

» ob ein konsolidierter **Nachhaltigkeitsbericht** zu erstellen ist,
» ob ein konsolidierter **Corporate-Governance-Bericht** aufzustellen war oder
» ein Bericht über **Zahlungen an staatliche Stellen** aufzustellen war.

Für Einreichungen **seit** dem **1.7.2026** ist von den gesetzlichen Vertretern auch anzugeben, in welche **Größenklasse** die Gesellschaft im Berichtsjahr einzuordnen ist und ob die Gesellschaft im Berichtsjahr **kapitalmarktorientiert** oder eine sonstige Gesellschaft von öffentlichem Interesse war.

Verstöße unterliegen verschärften **Sanktionsbestimmungen**. Diesbezüglich gibt es folgende neue Tatbestände:

» Verstöße gegen die Aufstellung der Nachberichtserstattung,
» Verstöße gegen Angaben zum Verzicht auf die Einbeziehung von Tochterunternehmen im Konzernanhang,
» Verstöße gegen die Angaben zur Beteiligungsaufstellung im Konzernabschluss,
» Verstöße gegen die Angaben zur Selbsteinordnung zum Jahres- bzw. Konzernabschluss.

Die **Strafbeträge** belaufen sich bei mittelgroßen und großen Kapitalgesellschaften auf bis zu 7.000 € und bei kleinen Kapitalgesellschaften auf bis zu 3.600 €. Im Falle einer **wiederholten Säumnis** kann sich der Strafrahmen auf bis zu 20.0000 € bei kleinen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften bzw. auf **bis zu 50.000 € bei großen Kapitalgesellschaften** erhöhen. Die Neuregelungen zu den Strafbestimmungen sind erstmals auf Unterlagen anzuwenden, die einen Abschlussstichtag nach dem 31.3.2026 betreffen.

6.3 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinssatz

Der **Basiszinssatz** (zuletzt 2,03 %) dient bekanntermaßen als mehrfacher Referenzzinssatz. Bei den **Stundungszinsen** ist zu beachten, dass die Stundungszinsen gem. § 212 Abs. 2 BAO **seit 1. Juli 2024 4,5 % über** dem jeweils geltenden **Basiszinssatz** liegen. Die entsprechenden aktuellen **Jahreszinssätze** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Sofern die genannten Zinsen einen Betrag von **50 €** nicht erreichen, werden sie **nicht** festgesetzt.

	Seit 16.9.2026
Stundungszinsen	6,53 %
Aussetzungszinsen	4,03 %
Anspruchszinsen	4,03 %
Beschwerdezinsen	4,03 %
Umsatzsteuerzinsen	4,03 %

7 Steuertermine 2027

Jänner	Fälligkeiten	15.1.	USt für November 2026 Lohnabgaben (L, DB, DZ, ÖGK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember 2026
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.1.	Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht
		Bis 15.1.	Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2026 für geringfügig Beschäftigte
Februar	Fälligkeiten	15.2.	USt für Dezember 2026 bzw. 4. Quartal Lohnabgaben für Jänner ESt-Vorauszahlung 1. Viertel KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel
		28.2.	Pflichtversicherung SVS
	Fristen und Sonstiges	Bis 1.2.	Meldepflicht für bestimmte Honorarzahlungen 2026 (E18) in Papierform
		Bis 15.2.	Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs (Zurechnung zu 2026)
		Bis 15.2.	Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2026 (pro Registrierkasse)
		28.2.	Jahreslohnzettelübermittlung per ELDA
		28.2.	Meldung der Aufzeichnungen betreffend Schwerarbeitszeiten
		28.2.	Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a/§ 109b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt)
März	Fälligkeiten	15.3.	USt für Jänner Lohnabgaben für Februar
	Fristen und Sonstiges	31.3.	Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2026 bei Stadtkasse/Gemeinde
April	Fälligkeiten	15.4.	USt für Februar Lohnabgaben für März
	Fristen und Sonstiges	30.4.	Abgabe der Steuererklärungen 2026 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO
Mai	Fälligkeiten	18.5.	USt für März bzw. 1. Quartal Lohnabgaben für April ESt-Vorauszahlung 2. Viertel KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel
		31.5.	Pflichtversicherung SVS
Juni	Fälligkeiten	15.6.	USt für April Lohnabgaben für Mai
	Fristen und Sonstiges	30.6.	Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2026 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline
		30.6.	Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2026 aus Nicht-EU-Ländern (gilt nicht für Großbritannien)

Juli	Fälligkeiten	15.7.	USt für Mai Lohnabgaben für Juni
August	Fälligkeiten	16.8.	USt für Juni bzw. 2. Quartal Lohnabgaben für Juli ESt-Vorauszahlung 3. Viertel KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel
		31.8.	Pflichtversicherung SVS
September	Fälligkeiten	15.9.	USt für Juli Lohnabgaben für August
	Fristen und Sonstiges	Bis 30.9.	Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2026 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt mehrerer lohnsteuerpflichtiger Bezüge; sonst 30.6. (via FinanzOnline)
		Bis 30.9.	Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2026 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften
		Bis 30.9.	Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2026
		Bis 30.9.	Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2027 für Einkommen- und Körperschaftsteuer
Oktober	Fälligkeiten	15.10.	USt für August Lohnabgaben für September
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.10.	Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2026
		Bis 31.10.	Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides
November	Fälligkeiten	15.11.	USt für September bzw. 3. Quartal Lohnabgaben für Oktober ESt-Vorauszahlung 4. Viertel KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel
		30.11.	Pflichtversicherung SVS
Dezember	Fälligkeiten	15.12.	USt für Oktober Lohnabgaben für November
	Fristen und Sonstiges	Bis 31.12.	Schriftliche Meldung an ÖGK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK-Beiträge für geringfügig Beschäftigte
		Bis 31.12.	Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2022 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab
		31.12.	Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klier, Krenn & Partner – Klienten-Info GmbH, Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4, Richtung: unpolitische, unabhängige Jahresschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klient:innen von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Alle verwendeten Bezeichnungen sind als geschlechtsunabhängig und inklusiv zu verstehen. Wir sprechen damit alle Menschen gleichermaßen an. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr. © www.klienten-info.at

Besuchen Sie unsere Website



Auf unserer Website finden Sie zahlreiche nützliche Informationen rund um das Thema Steuern. Neben unserer Klienten-Information, die auch als PDF-Download bereit steht, finden Sie einen umfangreichen Servicebereich mit interessanten Branchennews und Fachpublikationen.

www.mcberatungsgruppe.com

So haben Sie stets den entscheidenden Informationsvorsprung!

.mc
beratungsgruppe

.mc tax Steuerberatung GmbH

Salzburger Straße 205

4030 Linz

+43 (0) 732 66 17 17-0

office@mcberatungsgruppe.com

www.mcberatungsgruppe.com

Titelbild: © Grapxitbd Adobe